

Verlogenes, Böses und Verschüttetes in der deutschen Politik - gestern und heute

von
Tristan Abromeit

August 2002

Teil III

	Seite
Anhang: a) Haßtriaden und Herabsetzungen Andersdenkender sind keine Aufklärung 1/97	2
b) Bürgerwille und Parteienherrschaft Die Lücke im Tagungsprogramm aus: Loccumer Protokolle 8/87	16
Anhang zu b) Thesen zur grünen Bildungspolitik	26
c) Ich habe meinen Wahlzettel verbrannt 9/98	29
d) Die Zukunft der Ökonomie Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsansätze im Vergleich: Diskussionsbeitrag aus: Loccumer Protokolle 15/84	44
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx	
e) Vom unbekanntem Gotte Vortrag von Br. Carl Ziegler Freimaurer, 2/1907	49
xxxxxxxxxxxx	
f) Biographische Notiz des Verfassers	57

Haßtiraden und Herabsetzungen Andersdenkender sind keine Aufklärung

Der Untergang des realexistierenden Sozialismus ist kein Sieg des Privat-Kapitalismus. Die Transformation der Niederlage des Marxismus in einen Sieg mittels einer Jagd auf „Ökofaschisten“ wird nicht gelingen.

Anmerkungen zur Ökonomie und Politik aus Anlaß eines Vortrages von Jutta Ditfurth am 27. Januar 1997 in Hannover von Tristan Abromeit

1. Kritik ist notwendig, aber welche?

Menschen, die mit einer Idee eine große Hoffnung auf eine humane Entwicklung der Menschheit verbunden haben und erleben müssen, daß diese Hoffnung getrogen hat, haben Grund zur Traurigkeit. Menschen, die schon lange auf die Schwäche dieser Hoffnungs spendenden Idee hingewiesen haben, haben keinen Grund zur Häme. Der Fortschritt zu einer humaneren Welt kann nicht an Hand eines Versandhauskataloges bestellt werden. Er kann allerdings auch nicht erreicht werden, wenn die Schwächen in der Analyse gesellschaftlicher Mißstände, in der Arbeit der Zielsetzung und im Katalog der Zielerreichungsmaßnahmen, die zum Mißerfolg geführt haben, einfach übergangen werden und statt dessen Menschen und Gruppen, die andere Analysen, andere Wege und Ziele haben, einfach verteufelt oder als Ökofaschisten beschimpft werden. Kritik an Gedankengebäuden, Gruppen und Institutionen ist

immer wieder angebracht. Denn ohne Selbstkritik und Kritik von außen ist der Weg in den gedanklichen Irrgarten und die Fehlentwicklung von Einstellungen und Institutionen in der Regel vorprogrammiert. Wenn die Kritik aber einen Lerneffekt auslösen soll, die kritisierten Menschen aber nicht in eine Trotzhaltung getrieben werden sollen, dann darf sie nicht denunziatorisch oder herabwürdigend sein.

Wirkungen, die Schmerz, Unbehagen, Krankheiten etc. auslösen, können sicher ohne Ursachenanalyse kritisiert werden. Wer aber Religionen, philosophische Lehrgebäude, ökonomische Schulen, politische Ziele oder Systeme kritisiert, ohne vorher zu versuchen, die jeweils dahinterstehenden Gedanken aufzunehmen und zu verstehen, geht unwissenschaftlich vor. Die Glaubwürdigkeit einer solchen mangelhaften oder unstatthaften Kritik wird auch nicht dadurch erhöht, daß einzelne Textpassagen, die die eigenen Behauptungen zu belegen scheinen, willkürlich, verzerrend aus einem Text oder einem Werk zitiert werden. Auch ist es mehr als unseriös, einfach Menschen oder Institutionen, die man nur von weitergereichten Listen oder aus zweifelhaften Zitaten her kennt, mit dem Ziel zu kritisieren, sie ins gesellschaftliche Aus zu bugsieren.

Wir erleben z. Zt. eine sich häufende Kritik der unwissenschaftlichen, politisch destruktiven Art. Es sind häufig Kritiker, die vorgeben, eine gesellschaftswissenschaftliche Disziplin studiert zu haben, die aber offensichtlich keine Ahnung von einer soliden sozialwissenschaftlichen Arbeitsweise haben. Es sind meistens Vertreter des marxistischen Staatssozialismus - die Verlierer der Geschichte -, die sich unter der Verlogenheit signalisierenden Fahne des Antifaschismus hier hervortun. All das, was am Marxismus noch gut und brauchbar sein mag, wird auf diese Weise entwertet.

2. Mögliche Motive

destruktiver, demagogischer Kritik

Die „Antifaschisten“, die besser Beweisketten für ihre Denunziationen bilden können als ehemals die Nazis, könnten vielleicht durch die fast allgemeine Ablehnung des zentralistischen Staatssozialismus, die sie als Schmach erleben, angetrieben sein. Es kann sich sowohl um die Kompensation eines Mangelerlebnisses handeln, wie auch um das Ausleben eines Neidkomplexes. „Wenn unsere Lehren nichts mehr gelten sollen, sollen die Lehren der anderen auch nichts mehr gelten.“ Also versucht man, anderen Lehren die Glaubwürdigkeitsbasis zu nehmen. Der Faschismus(vorwurf)knüppel scheint das geeignete Instrument zu sein. Auch wenn diese Aussagen mehr als Vermutungen sind, sind solche möglichen Motive verhältnismäßig harmlos.

Wahrscheinlicher ist, daß die praktizierte, inhumane, verächtlich machende Kritik Bestandteil marxistischer Weltanschauung ist. An Indizien habe ich dafür zweierlei gefunden. Will Noebe, der „7 ½ Jahre politischer Gefangener des N.K.W.D. in Ostdeutschland und Sibirien“ nur deshalb war, weil er nicht marxistisch, sondern freiwirtschaftlich dachte, erwähnt bei der differenzierenden Beschreibung der sowjetischen Zuchthäuser und Lager (in denen nach seiner Schätzung 1949-51 35 Millionen Menschen lebten): „Ein Mord wurde im Höchsthfall mit 15 Jahren bestraft, abweichende Gesinnung nach der damals gültigen 'Norm' mit 20 bis 25 Jahren. Warum dieser Unterschied? Nach der dem Kommunismus zugrundeliegenden materialistischen Weltanschauung ist der Mensch, also auch der Kriminelle, das Produkt seiner Verhältnisse, der Gesinnungsgegner, der vernichtenswerte Saboteur des Werdens einer neuen, nämlich der kommunistischen Wirklichkeit.“¹ Der andere Hinweis:

„Die dem autoritären Sozialismus und Kommunismus inhärente Diktatur ist nach Ansicht Proudhons nicht nur , wie Marx, Engels und Lenin behaupten, für die Übergangsphase notwendig, sondern ist, da der Kommunismus nur als Staatskommunismus möglich ist, unaufhebbar.“² Und diese systembedingte unaufhebbare kommunistische Diktatur macht nach Proudhon eine „Diktatur in der Industrie, Diktatur im Handel, Diktatur über den Gedanken, Diktatur im sozialen und Privatleben“ erforderlich. Das Ideal des Kommunismus ist der Absolutismus. (Zitiert nach Hahn, S.188 / Unterstreichung v.V./ Pierre Joseph Proudhon lebte von 1809 - 1865.) Wir müssen uns also gar nicht wundern, wenn marxistischen „Antifaschisten“ mit konkurrierenden Ideen nicht leben können, auch überhaupt nichts vom Wettbewerb und damit von der Freiheit der Anderen halten.

3. Über das Notwendige

Die HAZ vom 19. August 1996 berichtet über eine Jubiläumstagung der Ev. Akademie Loccum mit dem Thema *Auf der Suche nach dem ethischen Standort Deutschland* und geht auf eine Protagonistin unserer kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft, nämlich Marion Gräfin Dönhoff, ein:

„'Aber das unglaubliche effiziente System des Kapitalismus verführt, dieses Gerenne nach Geld und das vollkommene Eliminieren moralischer Grundsätze.' Wenn das so weiter gehe, prophezeite die Publizistin, breche der Kapitalismus in zehn Jahren zusammen wie der Kommunismus.“

1 Will Noebe, *Wie es wirklich war*, 1959, Berlin, S. 42

2 Karl Hahn, *Föderalismus, Die demokratische Alternative*, München 1975, S. 188

Und der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Gottfried Mahrenholz, wird u.a. mit folgenden Worten zitiert:

„Meine SPD, der ich seit 45 Jahren angehöre, ist konzeptlos. Die Regierung aber auch. Dabei haben wir heute das gleiche Problem mit den Arbeitslosen wie 1848, als das Kommunistische Manifest entstand.“

Ob der Kapitalismus tatsächlich zusammenbricht, mag dahin gestellt sein, in jedem Fall wird er aus Gründen der Systemerhaltung eine neue Reinigungskrise auslösen, die dann wieder Millionen von Menschen das Lebensglück beschneidet oder den vorzeitigen Tod bringt. Bei Hahn heißt es:

„Das XX. Jahrhundert wird **die Ära der Föderation** eröffnen, oder die Menschheit wird wieder durch ein tausendjähriges Fegefeuer gehen.“

Und Bernd Senf schreibt in seiner Abhandlung *Zinssystem und Staatsbankrott*:

„Die ökonomischen und sozialen Spannungen, die sich im Gefolge dieses Prozesses immer weiter erhöhen, tendieren dahin, sich nach außen und /oder innen gewaltsam zu entladen.

Optimale Allokation der Ressourcen? Nein - Destruktion! Die dazu notwendigen Objekte des Hasses sind bisher noch immer gefunden worden und die dazu notwendigen Rechtfertigungen auch. Das Zinssystem schafft Pulverfässer, weltweit, und der Zinssatz wirkt wie ein sozialer Sprengsatz. Aber kaum einer schaut hin. Obwohl die Sprengsätze tagtäglich mitten unter uns, direkt vor unseren Augen, gelegt werden - wie bei 'Biedermann und die Brandstifter'³

Die Kapitalismusprobleme sind nun wahrlich nicht neu. Es würde ja keinen Marxismus geben, wenn sie nicht schon zu Lebzeiten von Karl Marx (1818 - 1883) bedrückend gewesen wären.

Die Geschichte hat bewiesen, was Proudhon vorausgesagt hat, mit dem zentralistischen Staatssozialismus konnte der Privatkapitalismus nur in einen Staatskapitalismus transformiert werden. Wenn nun Marxisten rational und wissenschaftlich denkende Menschen wären, würden sie fragen: Woran hat es gelegen? Wo lagen die Fehler? Finden wir in anderen Ökonomieschulen die Antworten? Da Marxisten - so mein Eindruck - aber vorwiegend Gläubige sind, können sie die notwendigen Fragen nicht zulassen und nicht stellen. Sie sind zur Verteidigung ihres Glaubensgebäudes gezwungen, ihre Kraft mit der Jagd nach „Ökofaschisten“ zu vergeuden, und stützen dadurch das kapitalistische System, das sie angeblich ablehnen. Das gewisse politische Potential, das sie darstellen, und das eine Evolution der Gesellschaften zum Humanen hin beschleunigen könnte, dient so der politischen Regression.

Nun sagen Zeitgenossen, es habe gar keinen Sinn, sich mit Jutta Ditfurth & Co - ein Synonym

3 Bernd Senf, *Zinssystem und Staatsbankrott*, in *Ästhetik & Kommunikation*, Heft 93, Jg. 25

für Menschen mit einer marxistischen Fehlhaltung - anzulegen, sie seien Ideologen und daher unfähig, sich auf eine rationale Argumentation einzulassen. Ich setze aber auf die Reste von Vernunft bei den Ideologen und auf die Einsicht der Konsumenten von Ideologieprodukten, daß es weder ihren Köpfen noch ihren Seelen bekommt, wenn sie sich an destruktiver Kritik berauschen.

4. Durch Besinnung und Nachdenken aus der Sackgasse

Karl Hahn, der sein Buch „allen, die kämpfen für die FÖDERATION EUROPA, den Grundstein der Freiheit und des Friedens“ gewidmet hat und den Föderalismus als den Dritten Weg versteht, schreibt:

„Wie Karl Marx erkannte er (Proudhon, d.V.) das ungelöste soziale Problem als den eigentlichen Grund für das zumindest teilweise Scheitern der großen Französischen Revolution und konzentrierte sich deshalb darauf, das Freiheits- und Gleichheitsprinzip im sozial-ökonomischen Bereich theoretisch und praktisch in Geltung zu setzen, ...“ (S. 32/33)

Mit Erich Fromm (1900 - 1980) können wir nun sagen:

„Wenn Wirtschaft und Politik der menschlichen Entwicklung untergeordnet werden sollen, dann muß *das Modell der neuen Gesellschaft auf die Erfordernisse des nicht-entfremdeten, am Sein orientierten Individuums ausgerichtet werden*. Das bedeutet, daß Menschen weder gezwungen sein sollen, in entwürdigender Armut zu leben - immer noch das Problem des größten Teils der Menschheit -, noch durch die der kapitalistischen Wirtschaft innewohnenden Gesetze, die eine ständige Zunahme der Produktion und damit auch des Verbrauchs erfordern, zu einer Existenz als *Homo consumens* verurteilt werden dürfen, wie dies heute für die kaufkräftigen Schichten der Industriestaaten zutrifft. Wenn die Menschen jemals freiwerden, das heißt dem Zwang entrinnen sollen, die Industrie durch pathologisch übersteigerten Konsum auf Touren zu halten, dann ist eine radikale Änderung des Wirtschaftssystems vonnöten: dann müssen wir der gegenwärtigen Situation ein Ende machen, in der *eine gesunde Wirtschaft nur um den Preis kranker Menschen möglich ist*. Unsere Aufgabe ist es, eine gesunde Wirtschaft für gesunde Menschen zu schaffen.“⁴

Um das Ziel einer gesunden Wirtschaft für gesunde Menschen zu erreichen, müssen wir wieder

⁴ Erich Fromm, Haben oder Sein, Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, 1981, S.168 f.

nach den Störungsursachen unserer bisherigen Ökonomien fragen und die Bedingungen einer besseren neuen Ökonomie beachten.

Nach Adam Smith (1723 - 1790) haben die Menschen die Neigung, auch dort zu ernten, wo sie niemals gesät haben.⁵ Also auch in einer neuen Ökonomie muß das vorsorgende Säen dadurch sichergestellt werden, daß die Früchte dem säenden Menschen zu eigen werden. Es ist also die Frage des Eigentums zu klären. Dabei ist das Privateigentum und Nutzungsrechte am Gemeinschaftseigentum eine Bedingung der dezentralen Planungshoheit⁶ der Wirtschaftssubjekte. Aber welche Güter sind privateigentumsfähig. Kann z.B. der Boden, der existentielle Grundlage (nicht nur) menschlichen Lebens ist, Eigentum sein? Wenn nein: Wer definiert die richtige ökologische, städtebauliche und wirtschaftliche Nutzung, wie wird der chancengleiche Zugang zum Boden sichergestellt und wie wird die unvermeidbare Bodenrente (der Knappheitspreis) abgeschöpft, ökonomisch neutralisiert und sozialverträglich verteilt?

Wir haben dann das Problem des chancengleichen Wettbewerbes - der sich nicht von selbst einstellt - zu lösen. Den Wettbewerb müssen wir einerseits unter dem Gesichtspunkt der Verteilung und des Zuganges zu Gütern und Dienstleistungen und der Mündigkeit sehen und zum anderen unter dem Gesichtspunkt der Sublimierung von Aggression.

„Wir bedürfen der konstruktiven Seiten, der sublimierten Formen der Aggression, keine Gesellschaft kann ohne Wettbewerb gedacht werden. Aggression ist eine Grundmacht des Lebens', sagte Mitscherlich.⁷

Zu dem Wettbewerb, der die Kehrseite der Medaille *Freiheit* ist, gibt es nur die Alternative *Zuteilung*. Zuteilung würde aber - an einem Beispiel verdeutlicht - in der Konsequenz heißen: Wenn Jutta Ditfurth am 27. 1. 1997 in Hannover verspannt über ihre Barbare⁸ aufklären will, müßte sie erst die Genehmigung von Helmut Kohl (oder einem Stellvertreter) holen, weil er als Bundeskanzler in einem Zuteilungssystem der oberste Zuteiler wäre. Und wenn sie einen neuen PC für die Erweiterung ihrer Zitatensammlung zwecks „Vernichtung“⁹ ihrer Gegner benötigt,

5 Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*, Übersetzung von 1974, s. S. 44

6 Keine Ökonomie kommt ohne Planung aus. Die Frage ist nur: „Wer plant für wen?“ (s.auch W.Eucken ---)

7 Den Frieden besser erforschen, Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für Prof. Mitscherlich, HAZ 13. 10.1969

8 Laut der Zeitschrift BASTA hält auf Einladung des ASTA der Uni Hannover Jutta Ditfurth einen Vortrag über „Entspannt in die Barbarei“.

9 Den Begriff „Vernichten“ - auch in Anführungszeichen gesetzt - mag J.D. als Unterstellung zurückweisen. In der Denkstruktur der „Antifaschisten“ ist er aber angelegt. Würde J.D. durch politische Ereignisse in die reale Rolle einer *roten Zarin* geraten, würde sie - auch bei evtl. vorhandenen entgegengesetzten Intentionen - in die vernichtenden Fußstapfen eines Stalins wandeln müssen.

dann wäre in einem Zuteilungssystem der Wirtschaftsminister Günter Rexrodt dafür zuständig.

Wenn wir auf den Leistungswettbewerb in der Wirtschaft verzichten, etablieren wir ganz automatisch ein Wettbewerb der Faulheit, der nur - wie im realexistierenden Sozialismus - mit Moralinspritzen gemildert werden kann.

Bei der Gestaltung des Wettbewerbes in der Ökonomie, in der Politik und im Kulturleben kommt es aber wesentlich darauf an, das er nicht durch Machtkonzentrationen und Einkommen aus Nicht-Leistung verfälscht wird. Auch muß es für jedes Individuum möglich sein, auf eigene Kosten¹⁰ sich partiell oder zeitweise aus dem Wettbewerb zurückzuziehen.

5. Haben wir Wahlmöglichkeiten?

Als nächstes kommen wir zur Frage der Wirtschaftsordnung. Wir können innerhalb der Möglichkeiten die Ordnung frei wählen. Wir können aber nicht die Konsequenzen unserer Wahl frei wählen, weil diese sich aus der Ordnung ergeben, für die wir uns entschieden haben. Da wir ja politische, humanistische, ökologische Ziele usw. im Kopf haben, müssen wir prüfen, ob unsere Ordnungswahl unsere Ziele fördert, behindert oder ihnen gar entgegenwirkt. Dann müssen wir nach der Störanfälligkeit der Ordnung fragen und danach, ob eine mögliche Störanfälligkeit unaufhebbar mit dem Gesamtmodell verbunden ist, oder durch eine besondere Gestaltung von Teilordnungen behoben werden kann. Solche Fragen zu stellen, ist nicht überflüssiges Beiwerk. Wilhelm Röpke klagte schon in seinem 1937 an der Zensur vorbeigeschmuggelten Buch mit dem Titel *Die Lehre von der Wirtschaft*, daß es eine beunruhigende Tatsache ist, „daß das Wesen unserer gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung in allen Ländern nur von einer kleinen Minderheit wirklich verstanden wird.“¹¹ An anderer Stelle beschreibt er die Lage eines wesentlichen Teils der Menschheit so, wie jene der „Unglücklichen, die, von einer Lawine verschüttet, den Ausweg aus den Schneemassen nach der falschen Richtung suchen, da sie den Sinn für unten und oben verloren haben“.(S.299) Unten und oben können wir hier verstehen als zweckmäßig und unzweckmäßig im Sinne unserer jeweiligen Zielsetzungen.

¹⁰ Der Hinweis „auf eigene Kosten“ ist wichtig. Wir leben nicht in einer Umwelt, in der man ohne säen ernten kann. Gründe dafür, daß andere doch den Broterwerb für uns mit erledigen möchten, weil wir gerade meditieren, musizieren, politisieren etc. gibt es tausendfach. „Das Recht auf Faulheit“ können wir ohne Abwälzung der Last der Arbeit auf andere in einer kapitalismusfreien Marktwirtschaft realisieren. Rund 1/3 unseres Arbeitseinkommens fließt heute über die Preise an das Kapitaleinkommen. Und bei Überwindung der ökonomischen Krisen, könnte die Steuerlast spielend auf den biblischen 10ten Teil heruntergefahren werden.(Vorsichtshalber erwähne ich noch, daß ich nicht von Menschen gesprochen habe, die nicht leisten können und daher von der Gemeinschaft getragen werden müssen.)

¹¹ Wilhelm Röpke, *Die Lehre von der Wirtschaft*, 1961, S. 297

Als Entscheidungshilfe für unsere Wahl der Ordnung, die wir unserer Ökonomie (und damit auch vorprägend unsere Gesellschaft¹²) geben wollen, können wir uns in die Steuerungsmechanismen der möglichen Ordnungen einarbeiten oder uns von Warnungen und Mahnungen wie die Nachfolgenden leiten lassen:

„Nichts dürfte der Sache des Liberalismus so sehr geschadet haben wie das starre Festhalten einiger Anhänger an gewissen groben Faustregeln, vor allem an dem Prinzip des Laissez-faire“ schreibt Friedrich August Hayek 1944¹³. Er läßt aber auch L. Trotzki wie folgt zu Wort kommen: „In einem Lande, in dem der einzige Arbeitgeber der Staat ist, bedeutet Opposition langsamen Hungertod. An die Stelle des alten Grundsatzes: 'Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen', ist ein neuer getreten: 'Wer nicht gehorcht, soll nicht essen.'“ (S.128) Und an anderer Stelle finden wir einen Ausspruch von Lord Acton: „Macht korrumpiert, absolute Macht korrumpiert absolut.“ (S.142) Wir haben es bei der Wahl der Wirtschaftsordnung also nicht nur mit der Schaffung einer Basis für das seelische und körperliche Wohlbefinden der Menschen zu tun, sondern auch mit der Regulierung der Macht.

„Wenn wir nun den heutigen Zustand der westlichen (und der östlichen d.V.) prüfen und uns fragen, wo wir mit Reformen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems einsetzen müssen, so treten uns im ganzen vier Hauptfragen entgegen, die alle voneinander verschieden sind und von denen jede ihre eigene Antwort fordert: 1. die Ordnungsfrage, 2. die Sozialfrage, 3. die politische Frage, wie der Machtverteilung und 4. die moralisch-vitale Frage, wie wir es zunächst kurz nennen wollen.“ Wir dürfen uns an das Zitat von Erich Fromm erinnern und im nachfolgenden Zitat von Gesell wird auch deutlich, daß bei der Frage nach der richtigen Ordnung immer die Frage des Wohlbefindens des Menschen in ihr mitschwingt und es wird auch hier gesagt, daß die Ordnung, die man haben will, nicht in der Natur zu finden ist, sondern daß sie vom Menschen geschöpft oder gesetzt wird.

Silvio Gesell schreibt: „Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.“¹⁴

12 Man denke an die Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Teilordnungen der Gesellschaft.

13 Friedrich August Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft*, 1976, S. 30

14 Silvio Gesell, *Die natürliche Wirtschaftsordnung*, 1949, im Vorwort zur 3. Auflage, S.12

6. Freie Gestaltbarkeit der Ordnung?

Nun ist die Frage zu klären, ob wir eine Wirtschaftsordnung beliebig gestalten können oder ob unsere Gestaltungswahlmöglichkeiten begrenzt sind. Walter Eucken hat diese Möglichkeiten sehr gut und genau herausgearbeitet. „Kurz gesagt:

Zwei Grundformen - nicht mehr - sind in aller Geschichte feststellbar. Der wirtschaftliche Alltag eines Gemeinwesens kann durch Pläne eines Planträgers gelenkt werden. Dann ist die reine Grundform der <zentralistischen Wirtschaft> gegeben. Falls das Gemeinwesen klein ist, also von einem Menschen überblickt werden kann, wie es in einer geschlossenen Kleinfamilie geschieht, sprechen wir von <Eigenwirtschaft>. - Oder es handelt sich um die zentrale Planung des Wirtschaftsprozesses eines ganzen Volkes. Hier ist ein Verwaltungsapparat nötig:

<Zentralverwaltungswirtschaft>. - Die andere reine Form ist die <Verkehrswirtschaft>, in der viele Einzelwirtschaften - Betriebe und Haushalte - selbständige Pläne machen, in wirtschaftlichen Verkehr miteinander treten und ein Automatismus der Märkte besteht, der sie koordiniert. Es mag eine Naturaltauschwirtschaft sein oder es wird ein allgemeines Tauschmittel <Geld> gebraucht: Geldwirtschaft. Die zentralgeleitete Wirtschaft ist ein System der Subordination unter einem Planträger. In der Verkehrswirtschaft vollzieht sich eine Koordination der einzelwirtschaftlichen Pläne, die durch Preise oder Tauschwerte geschieht.“¹⁵

Die Verkehrswirtschaft ist nun ein Synonym für Marktwirtschaft und für die Zentralverwaltungswirtschaft wird auch der Begriff Kommandowirtschaft benutzt. Zwischen den reinen Formen, die nur als gedankliche Modelle bestehen, gibt es die diversen Mischformen. Die reinen Formen sind die zwei möglichen Ziele, die um so schwerer in ihrer jeweiligen Vollkommenheit zu erreichen sind, je näher man kommt. Der Buchtitel von Hayek *Der Weg zur Knechtschaft* ist für den, der die Möglichkeiten der Koordination und Kooperation und ihre Konsequenzen und Bedingungen begriffen hat, keine Propaganda, sondern eine berechtigte Warnung.

Wenn nun die Zentralverwaltungswirtschaft mit Knechtschaft und die Verkehrswirtschaft mit Freiheit gleichgesetzt werden kann, warum fallen dann die politischen Entscheidungen nicht eindeutig und real zu Gunsten der Marktwirtschaft aus? Die Marktwirtschaft wurde in den verschiedenen Staaten nur partiell realisiert und ist fortwährend und überall durch zentralverwaltungswirtschaftliche Maßnahmen gefährdet.

Da es auf dem Weg zur Marktwirtschaft erhebliche Störungen gibt und die wirklichen Ursachen dieser Störungen nicht begriffen oder deren Erklärungen nicht akzeptiert werden, fühlt

¹⁵ Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1961, S. 28

man sich bemüht oder gezwungen durch (unsachmäßige) zentralistisch-planende Eingriffe die Mängel zu beheben. Die Wirkung ist natürlich, daß man sich von der Marktwirtschaft real oder theoretisch fortentwickelt. Ein Prozeß, der in der BRD schon fast ein halbes Jahrhundert dauert. Nach der Wirtschaftslenkung durch den Nazi-Staat haben wir ein kurzes Auflodern der marktwirtschaftlichen Flamme (nicht zuletzt ermöglicht durch Autoren, die hier genannt werden), aber ohne den Mut den Störfaktor *Kapitalismus* zu beseitigen. Der Antikommunismus in der BRD in der Vergangenheit war ein schlechter Witz. Helmut Kohl und Karl Marx könnten sich, wenn sie Zeitgenossen wären, die Hand reichen.

Die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus werden nun aus unterschiedlichen Gründen von links bis rechts mit verschleiender Wirkung gleichgesetzt. Die Rechten spannen damit alle jene zur Verteidigung des Kapitalismus ein, die die segensreiche Wirkung der Marktwirtschaft begriffen haben und die Linken brauchen die Gleichsetzung zur Verteidigung ihrer Kapitalismusanalyse. In Wirklichkeit ist der Kapitalismus - die Möglichkeit aufgrund von Privilegien, natürlichen und künstlichen Monopolen ohne Leistung einen Teil des Ertrages der Arbeit zu erpressen - den Koordinationssystemen überlagert: Der Verkehrswirtschaft als Privatkapitalismus, der Zentralverwaltungswirtschaft als Staatskapitalismus.

Von Karl Marx wird gesagt, daß er gar nicht so eindeutig für zentralistische Lösungen in der Wirtschaft war. Er hat den Lösungsweg in die Kommandowirtschaft trotzdem theoretisch vorgegeben, weil er die Ursache des Kapitalismus nicht nur im Privateigentum am Boden sah, sondern auch im Eigentum an den Produktionsmitteln. Der Weg zur Freiheit war damit versperrt. Aber halt! So haben die Marxisten Marx interpretiert. Marx selber soll durchaus auch das Geld, die Währungsverfassung, als Ursache des Kapitalismus gesehen haben. Es ist eine zentrale Aussage der Freiwirtschaftsschule, die man seitens der „Antifaschisten“ versucht lächerlich zu machen. Über diesen anderen marxischen Kapitalismusanalyseansatz gibt es Literatur. Georg Otto, ein Name der von „Antifaschisten“ häufig genannt wird, hat an dem Thema gearbeitet.¹⁶ Man muß den Weg, der in eine kapitalismusfreie Marktwirtschaft führt, gar nicht mit oder über Gesell gehen, man kann sich Keynes oder Proudhon als theoretischen Weggenossen wählen. Oder man entdeckt für sich den Franzosen Boisguillebert (1646 - 1714), der

¹⁶ Georg Otto, Warum der Marxismus scheitern mußte, Widersprüche zwischen Mehrwerttheorie - Grundlagen der realsozialistischen Versuche - und der Geldtheorie von Marx - Basis eines Sozialismus in Freiheit?, 1991, zu beziehen über Liberalsoziale Aktion, Gänseberg 11, D-31079 Eberholzen gegen DM 6,- in Briefmarken.

von Marx zustimmend zitiert worden ist und der ein Geld als „Perpetuum mobile“ forderte. Santiago Fernandes schreibt:

„Die Bemühungen BOISGUILLEBERTs, die bei MARX einen so lebhaften Eindruck hervorgerufen haben, waren durch das Ziel bestimmt nachzuweisen, daß die Ungerechtigkeit und die brutale Armut, die seinerzeit in Frankreich herrschten, von dem Mißbrauch des Geldes als Schatzmittel ausgingen. Diese in der Konzeption liegende Möglichkeit der Hortung und damit der Unterbrechung seines Umlaufes - zu der sich noch eine irrationale und willkürliche Steuer- und Zollpolitik gesellte - rief die Einschränkung der Nachfrage nach Waren hervor und führte zur Paralyisierung des wirtschaftlichen Systems und Schrumpfung der Gewinne, wie BOISGUILLEBERT IM 'Detail' ausführte: ...“¹⁷

7. Silvio Gesell und die Freiwirtschaftsschule

Neben den Anthroposophen, anderen Weltanschauungsgruppen und Denkschulen haben die „Antifaschisten“ auch die Verleumdung von Gesell und der auf ihn aufbauenden Freiwirtschaftsschule zur politischen Ersatzbefriedigung entdeckt.¹⁸

Vorweg: Obwohl die Freiwirtschaftsschule eine liberale und weltoffene ist, gibt es auch eindeutig als politisch rechtsstehend zu bezeichnende VertreterInnen, die sich für die Natürliche Wirtschaftsordnung begeistern. Eindeutig linksstehende belastende Vertreter gibt es vermutlich nicht, weil deren Köpfe in der Regel mit Marxismusvarianten besetzt sind. Gesell selber hat geglaubt, daß sein Anliegen am besten in der Arbeiterschaft und bei der SPD aufgehoben sei. Er hat sich getäuscht. Denn diese konnten seinen Lösungsansatz gar nicht verstehen, weil sie zu dem zuvor gelernten Lösungsprogramm für die ökonomischen Probleme im Widerspruch stand.

Daß Gesell kein Militarist, kein Nationalist, kein Völkischer, kein Antisemit und kein Biologist war, stellt sich für jene heraus, die bereit sind, sich mit seinem Werk auch nur etwas zu befassen. Auch daß er ein für seine Zeit antiquitiertes und noch für heute als gültig betrachtetes Frauenbild hatte, kann nicht bestätigt werden.

Nun wird ihm auch noch Rassismus vorgeworfen. Wenn dem so wäre, müßte als erstes gefragt

17 Santiago Fernandes, Die Dialektik des Gleichgewichts bei Boisguillebert, in *zeitschrift für sozialökonomie*, Folge 64, April 1985, S. 17 // Redaktion: W. Onken, Steenkamp 7, D-26316 Varel

18 Siehe zu dem Komplex auch die Folge 106 vom Sept. 95 der *zeitschrift für Sozialökonomie*, zu beziehen gegen DM 8,50 in Briefmarken von der Liberalsozialen Aktion, Gänseberg 11, D-31079 Eberholzen

werden, ob dieses einen Einfluß auf seine ökonomische Lehre hätte. Aber solche Fragen werden schon deshalb nicht gestellt, weil es die Wucht der Anschuldigung mildern könnte. Als Beweis für seinen Rassismus wird genommen, daß er in einem Vorwort seines Hauptwerkes *Die Natürliche Wirtschaftsordnung* von Auslese und Hochzucht spricht.

Wenn man z.B. in seiner Arbeit *Der abgebaute Staat* liest, was er den Kaplan Gasten zur Rassezucht sagen läßt (S. 27 ff.), dann erweist sich Gesell direkt als Antirassist.

In der Ziffer 2. seiner Begriffsbestimmung von *Freiland* z.B. steht:

Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen - ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. und dort soll er den Alteingesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Alteingesessene dieser Erde.“ (S.92)

Diese Aussage ist für seine Zeit und für unsere mehr als progressiv.

Wenn Gesell nun in einem Vorwort von *Auslese und Hochzucht* spricht, dann kann man aufgrund der Kenntnis andere Textstellen zweierlei Schlüsse ziehen:

1. Gesell wirkt in einer Zeit in der aufgrund der Entdeckung der Evolutionsgesetze durch Darwin, die Menschen sich viel Gedanken um die Fortentwicklung der Menschheit machen und daher in Kategorien wie Zuchtwahl, Auslese und Hochzucht geredet haben. (Es bestehen Parallelen zum heutigen Thema Ökologie.) Und Gesell wollte die Menschen dort abholen, wo sie standen, für individuelle Lösungen und für das Vertrauen in den Ablauf der Natur werben. Gesell war der Ansicht, daß der Rassismus und das Völkische zu bekämpfen seien, sobald daraus Politik gemacht würde. Er hat aber wohl nicht wie die Antifa individuelle diesbezügliche Denkverbote gefordert, weil ihm bestimmt bewußt war, daß er damit fordern würde, überhaupt das Denken zu verbieten.

Es ist sowieso besser, einen häßlichen oder untauglichen Gedanken mit einem besseren oder tauglicheren Gedanken zu bekämpfen, als mit Diffamierungen und Verbotsforderungen.

2. Die an der Deutungsmöglichkeit ist, daß Gesell die Begriffe *Auslese* und *Hochzucht* gar nicht als biologische Begriffe verwendet hat, sondern als pädagogische. Wir dürfen beim heutigen Lesen der Texte nicht vergessen, daß früher von der Aufzucht der Kinder gesprochen wurde, wenn ein Vorgang gemeint war, den wir heute mit erziehen und versorgen umschreiben. Hochzucht wäre dann eine qualitative Steigerung der Aufzucht. Gesell fordert nun

aber nicht besonders ausgebildete Pädagogen für diesen Vorgang sondern setzt auf den Lehrmeister Natur. Gesell geht wohl auch von der Annahme aus, daß viele Laster der Menschen sich auflösen oder überwinden lassen, wenn die Störungen der Wirtschaft und die Ausbeutung überwunden werden. Ist es nicht so, daß wir bei Marx ähnliche Vorstellungen vorfinden?

Ein weiterer Vorwurf lautet: Gesell und die FreiwirtInnen wäre SozialdarwinistInnen. Der Begriff wird nicht erläutert, aber so gebraucht, daß er nur etwas Böses bedeuten kann. Der Vorwurf hat unter den FreiwirtInnen Verwirrung gestiftet. Manche glauben inzwischen, daß der Vorwurf berechtigt ist. Ich halte das für Unsinn, zumindest so lange, wie keine Eindeutigkeit des Begriffes besteht. In der Anlage befindet sich ein Versuch einer Klärung. Der Umbau einer staatlichen Vorsorge für die Risiken der Arbeitnehmer in eine privatrechtliche hat nichts mit Sozialdarwinismus zu tun, wohl aber mit dem Föderationsbegriff von Proudhon. Außerdem ist der Umbau erforderlich um die Grenzen für Arbeitnehmer offen zu halten oder zu machen.

Ich halte aber alle angeführten Vorwürfe gegenüber Gesell und der Freiwirtschaftsschule seitens der „Antifaschisten“ für vorgeschoben. Die Marxisten müssen die Freiwirtschaftsschule als eine Art Abwertung des Marxismus erleben. Da Gesell eindeutig eine marktwirtschaftliche Position vertritt, muß er aus ordnungspolitischen Gründen Stellung gegen den Kommunismus nehmen. (Er sagt, daß es ein rückwärtsführender Weg wäre.) Da offensichtlich viele agierende Marxisten den politischen Antikommunismus zur Unterdrückung von politischen Gegnern nicht von der ordnungspolitisch motivierten Gegenposition zum Kommunismus unterscheiden können, werden die freiwirtschaftlichen Leute zu Feinden der Linken erklärt, obwohl ein Teil von ihnen sich selber als Linke oder Linksliberale fühlt.

Zum Abschluß soll noch Keynes zitiert werden:

„Trotz des prophetischen Schmuckes, mit dem ihn seine Verehrer ausgestattet haben, ist Gesells Hauptwerk in kühler, wissenschaftlicher Sprache geschrieben, obschon es durchweg von einer leidenschaftlicheren, einer erregten Hingebung für gesellschaftliche Gerechtigkeit durchströmt ist, als manche für einen Gelehrten schicklich finden. Der Anteil Henry Georges, obschon ohne Zweifel eine wichtige Quelle der Stärke der Bewegung, ist von ganz untergeordnetem Interesse. Der Zweck des Buches als Ganzes kann als die Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das laissez-faire, auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind, indem sie sich

auf eine Verwerfung, statt auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen, und auf eine Entfesselung des Wettbewerbes, statt auf seine Abschaffung. Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird. Das Vorwort zu *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld* wird dem Leser, wenn er es nachschlägt, die moralische Höhe Gesells zeigen. Die Antwort auf den Marxismus ist nach meiner Ansicht auf den Linien dieses Vorwortes zu finden.“¹⁹

Tristan Abromeit

26. Januar 1997

Anhang: „Sozialdarwinismus“ - ein Begriff der „greift“,
oder lediglich ein Totschlagargument zur Ausschaltung einer ungeliebten Alternative?

Hinweis: Vom gleichen Verfasser liegt eine Offener Brief vom 27. 11. 1996 an den Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Uni Hannover und dem Asta vor.

Titel:

Die Jagd auf „Ökofaschisten“,
die Faschisten im Kleide der Antifaschisten,
die Desinformation unter der Fahne der Aufklärung,

eine problematische Vermittlung des Dekans
und das Versagen der Gesellschaftswissenschaften

29 Seiten + Anlagen im gleichen Umfang
Kopier- und Versandkosten DM 15,-.

xxxxxxxxxxxxxx

Abschrift 31. August 2002

Hier ohne Anlage! / Da Angebot des Offenen Briefes vom 27. 11. 96 gilt heute nur noch bei Mindestbestellung von 10 Exemplaren, weil der Aufwand für Einzelexemplare zu hoch ist. T.A.

Siehe zu dem Thema auch die Arbeit von

Klaus Schmitt

Entspannen Sie sich, Frau Ditzfurth

70 Seiten, 1998

xxxxxxxxxxxxxxxxxx

19 John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 1974, S.300

> *Bürgerwille und Parteienherrschaft* <
für eine demokratische Aneignung von Politik

*Tagung der Evangelischen Akademie Loccum
im März 1987*

Die Lücke im Tagungsprogramm

von Tristan Abromeit

mit

Thesen zur grünen Bildungspolitik

Abschrift vom 1. 4. 1996 aus:

a) Loccumer Protokolle 8 / '87

Herausgeber: Jörg Calließ

b) Info zum Nieders. Bildungskongreß der Grünen
vom Februar 1984 in Göttingen

Die Lücke im Tagungsprogramm

Teilnehmerbeitrag

von

Tristan Abromeit

in der Tagung der Ev. Akademie Loccum

zum Thema

Bürgerwille und Parteienherrschaft

vom 27. Bis 29. März 1987

Sehr geehrte
Tagungsteilnehmerinnen
und Tagungsteilnehmer,
sehr geehrte Referentinnen und Referenten,
sehr geehrter Herr Dr. Calließ als Tagungsleiter!

Es gibt viele Motive, eine Akademietagung zu besuchen. Mein Motiv ist, für meine und meiner Kinder Freiheit zu arbeiten und für unsere Demokratie, die aus meiner Sicht bedroht ist, zu wirken.

Da ich meine Aussagen nicht kleinmütig und zaghaft formulieren werde, versichere ich gleich zu Beginn, daß es mir nicht darum geht, irgendjemandes Ehre zu verletzen. Ich bin auch davon überzeugt, daß viele Fehlentwicklungen ihren Ursprung in einem guten Wollen haben. Das, was ich zu sagen habe, ist nicht in ein paar Diskussionsbeiträgen - die sich zudem noch auf das vorher Gesagte beziehen sollen - unterzubringen. Daher lege ich Ihnen diese schriftliche Ausarbeitung vor.²⁰

Es ist mein demokratisches Selbstverständnis, daß die Veranstalter von Akademietagungen autonom den Inhalt und die Form der Tagungen bestimmen. Es sollte jedenfalls so sein. Die

²⁰ Die in der Nacht nach dem ersten Tagungstag entstanden ist. Anmerkung vom 1. 4. 96. T.A.

Wirklichkeit ist häufig so - aufgrund der finanziellen Abhängigkeiten der Erwachsenenbildungsinstitutionen von den Staatskassen -, daß die Parteien Einfluß auf die Inhalte zu nehmen versuchen. Wir nehmen also an einer Tagung teil über das Thema Parteienherrschaft unter möglicher Einflußnahme von Parteienherrschaft. Diese Form der Parteienherrschaft findet meistens in subtiler Art statt. Sie dokumentiert sich in der häufig gehörten Forderung nach der politischen Ausgewogenheit einer Veranstaltung.

Ich empfinde es nun aber nicht als Lücke im Programm, daß nicht über die Herrschaft der Parteien über die Erwachsenenbildung gesprochen werden soll. Diese Anmerkungen sollen nur bewußt machen, daß Parteienherrschaft nicht etwas Abstraktes, Fernes, sondern etwas konkret Anwesendes ist. Die Lücke, die ich meine, müßte im Programm unter Ziffer 6 etwa lauten:

DIE ÜBERWINDUNG DER PARTEIENHERRSCHAFT durch >Weniger Staat< (Buchtitel von Prof. Leopold Kohr, Econ, 1965) ***oder durch den >..Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft<*** (Denkschrift an die zu Weimar versammelten Nationalräte von Silvio Gesell, 1919, Freiwirtschaftliche Bibliothek, Steenkamp 7, 2930 <neu 26316> Varel)

Gehen wir die angekündigten Themen der Hauptreferate durch und fragen, ob der Bürgerwille (sowohl als Wille von Kollektiven wie von Individuen mit den angeführten Instrumenten zur Geltung verholfen werden kann.

1. Innerparteiliche Demokratie

Die innerparteiliche Demokratie ändert schon deshalb nichts an dem Problem, weil sie eine innere Angelegenheit von kleinen Minderheiten, den politischen Parteien ist. Ihr Wille, die Mehrheit mittels des Staatsapparates zu beherrschen, wird dadurch nicht gebrochen.

Die Innenverhältnisse der Parteien lassen sich sicher theoretisch verbessern. Den Glauben an praktische Erfolge habe ich durch langjährige Mitgliedschaft in der Freien Demokratischen Partei und den GRÜNEN und Beobachtung der anderen Parteien verloren.

Die Gründerzeit der GRÜNEN war geprägt, von der Hoffnung, eine überschaubare, durchschaubare, kooperative, tolerante Partei zu gründen, in der sich ein Mensch wohlfühlen kann. DIE GRÜNEN sind aber de facto genauso wie die anderen Parteien geworden: Ein Grab für Idealismus und ein Tummelplatz für Machtgeilheit! Das Instrument der Mehrheitsabstimmung

wird entgegen dem Gründungsgeist rücksichtslos zur Unterdrückung Andersdenkender eingesetzt, als hätte schon jemals durch Mehrheitsbeschluß die „Wahrheit“ das Licht der Welt erblickt.

Im Höhenflug der Gründungszeit ist eine Passage in der Satzung ((§5 (3) 3)) aufgenommen worden, die die programmatische Unterdrückung von Minderheiten verhüten und damit das Zusammenwirken der Mitglieder unterschiedlicher geistiger und politischer Herkunft ermöglichen sollte. In etwa zur gleichen Zeit, als Grüne sich für ein Bundesabstimmungsgesetz zum Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes stark machten, wurde ein Antrag in der Bundesversammlung der GRÜNEN in Hagen (22./23. 6. 1985) auf Beschluß von Ausführungsbestimmungen für das satzungsmäßig vorgesehene Minderheiten-Programm abgeschmettert mit dem Hinweis, diese Bestimmung sei überflüssig geworden. Die machtorientierten Strategen gingen wohl davon aus, daß der Zufluß an Stimmen und Mitgliedern wohl nicht mehr zu stoppen sei und der Einfluß des Marxismus nicht durch libertäre Elemente gefährdet werden dürfte. Die Methode des rausgrühlens hatte sich ja auch schon bewährt. Diese Mitglieder der GRÜNEN sind aber zu feige oder zu "klug", um eine entsprechende Streichung der Satzung vorzunehmen. Jedes Mal, wenn ihre Machtbasis durch so entstandene innere Spannungen auseinander zu bröckeln droht, beschwören sie heuchlerisch das Gründungsmotto der > Vielfalt in der Einheit <.

Die konsequente innerparteiliche Demokratie bleibt aber schon aufgrund der Allzuständigkeit der Parteien eine Illusion, denn diese erfordert eigentlich, daß alle Mitglieder hauptberuflich für ihre Partei tätig sein müßten, um die selbstgesetzten Aufgaben (die eine Selbstüberschätzung verraten) bzgl. der Quantität zu bewältigen und die gleiche Teilhabe am Willensbildungsprozeß realisieren zu können. Tatsächlich dürfte aber nicht mehr als 10% der Mitglieder ständig für ihre jeweilige Partei aktiv sein. Aber die Kompetenz und der mögliche oder gewollte zeitliche Einsatz dieser Minderheiten der Parteimitglieder (deren Gesamtheiten ja nur ganz kleine Minderheiten der Wähler darstellen) ist auch noch sehr unterschiedlich.

2. Auswahlverfahren für Funktions und Mandatsträger der Parteien

Die Auswahlverfahren für die Funktionsträger der Parteien gehört von der Systematik hergesehen zum Thema innerparteiliche Demokratie. Die Freien Demokraten hatten in den Zeiten, als die Punkte hinter ihren Initialen gesetzt wurden, vor, die Wahlbürger an der Auswahl der Parlamentskandidaten zu beteiligen. Für das Scheitern dieses Vorhabens würde ich

nicht nur die Lauheit dieser Partei verantwortlich machen. Es gibt auch erhebliche Verfahrensschwierigkeiten, wenn eine solche Stimmbürgerbeteiligung auf Parteiebene vonstatten gehen soll.

Vielleicht werden uns ja noch im betreffenden Referat Möglichkeiten aufgezeigt. Wichtiger wäre aber eine Antwort auf die Frage: Wie bekommen wir parteiunabhängige Bürger an den Parteien vorbei in die Parlamente? Auch wäre es doch sinnvoll, hier und anderswo zu prüfen, welche Alternativen für die heutige Selektion und Wahl unserer Mandatsträger es gibt. Mir liegt das Buch > Die Staatslehre Artur Mahrauns - Sicherung des Friedens in Freiheit durch direkte Demokratie < (Verlag Wolfgang Lohmüller, München) vor. Hier wird ein ganz anderes Auswahlverfahren der Volksvertreter beschrieben.

Aber mir ist klar, daß durch eine andere Selektion der Volksvertreter die Erstickung der politischen Freiheit - die sich ja als Gestaltungsfreiheit offenbaren muß, wenn sie einen Wert haben soll - nur dann gestoppt und umgekehrt werden kann, wenn dadurch auch neue Inhalte in unsere Parlamente kommen. Dies kann nur dann geschehen, wenn eine gründliche Debatte mit dem Ergebnis einer Neuorientierung über die Ordnung, in der wir leben wollen, geführt wird. Die logische Reihenfolge ist aber wohl: Erst die ordnungspolitische Neuorientierung und dann ein neues Auswahlverfahren.

3. Petitionsrecht (Artikel 17 des Grundgesetzes) und Ombudsman

Das Petitionsrecht und auch der Ombudsman (Bürgeranwältin -anwalt) - das bzw. der in diesem Zusammenhang diskutiert werden müßte - sind sicher ausbaubare Instrumente, die in einer Vielzahl von Einzelfällen segensreich wirken können. Nur an der wuchernden Herrschaft der Parteien und Bürokratien ändern sie nicht viel.

4. Plebiszitäre Öffnung

Artikel 20 (2) GG: "**Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.**"

Ich hoffe, daß wir neben dem offiziellen Referat zum Thema noch eine Vertreterin der "Aktion Volksentscheid" (Tel. 08380-500) hören werden. Denn diese könnte nicht nur über die theoretische Ausformung dieses Instrumentes berichten, sondern auch über die praktischen Schwierigkeiten, die sich beim Versuch auftun, den grundgesetzlichen Anspruch durchzusetzen.

Ich selber bin dafür, daß dem Volke - und das sind auch wir - das im Grundgesetz vorgesehene Abstimmungsrecht nicht länger vorenthalten wird. Ein Ausführungsgesetz müßte aber eine ausgeprägte Informationspflicht über den Gegenstand der Volksabstimmung enthalten. Ich halte die Hinweise auf mögliche Mißbräuche vorwiegend für eine Abwehrstrategie der Parteien, die um ihr grundgesetzwidriges Machtkarteil fürchten. Die Volksabstimmung kann nur dann als Schleuse für ein totalitäres Regime mißbraucht werden, wenn die politische Mitte ihre Mittelmäßigkeit nicht überwindet und die Kraft nicht aufbringt, die Republik so zu gestalten, daß gar kein Wunsch aufkommt, sich von einem Diktator, welcher couleur auch immer, retten zu lassen. Die Demokratie kann sich durch die Verweigerung des Abstimmungsrechtes (und durch die 5%-Klausel) nicht schützen. Der einzige Schutz vor ihrem erneuten Untergang ist, daß wir unsere heilige Kuh >Der Kompromiß< schlachten und unsere selbstproduzierten politischen Probleme lösen.

Durch ein Plebiszit kann dem Volk die wirkliche Gestaltungsfreiheit verliehen werden. Durch ein Plebiszit kann über Krieg und Frieden entschieden werden. Das Plebiszit dürfte aber ungeeignet sein, die tausend Dinge des gesellschaftlichen Alltags zu regeln, die es zu regeln gibt. Und auch eine Annäherung an die Selbstbestimmung der Individuen dürfte vom Volke als Ganzes genausowenig gefördert werden wie von seinen gewählten Repräsentanten, den Parlamentariern, wenn nicht vorher die Wege, die dahin führen, im öffentlichen Bewußsein vorhanden sind.²¹

5. Bürgerwille und Bürgerprotest

Der Bürgerprotest drückt den Bürgerwillen aus, sich nicht einfach alles oder bestimmtes klaglos gefallen zu lassen. Die Presse berichtet in diesen Tagen von dem Sieg der Bundschuh-Mitglieder, die sich nach zehnjährigem Kampf (vorerst) gegen den Bau der Teststrecke durch Daimler-Benz vor dem Bundesverfassungsgericht durchgesetzt haben. Der Bürgerprotest ist aber nicht immer einheitlich in einer Richtung zielend. Im oben geschilderten Fall haben auch Bürger für den Bau der Teststrecke demonstriert, weil sie dadurch ihr Erwerbslosigkeitspro-

21 Bei der Niederschrift 1987 habe ich wohl in der Hauptsache an den Bundestag gedacht. Ich füge heute (1996) hinzu: Je kleiner die politische Einheit, so kleiner kann der Gegenstand eines Plebiszits sein, die Summe der Volksentscheide von allen staatlichen Gliederungsebenen könnte schon „tausende“ erreichen. Und ich dämpfe etwas die Hoffnungen, die mit einer größeren Einflußnahme der Wähler auf die Politik verknüpft werden: Der Volksentscheid ist ein geeignetes Instrument, um einen genügend großen Wettbewerbsdruck auf die Parlamente auszuüben, er kann aber nicht ohne vorherige inhaltliche Verständigung über die Ursachen des krebstartigen Wucherns des Staates dem Willen des einzelnen Bürgers zu seinem Recht verhelfen. So wie die Parlamente sich in ihrer Gesetzgebungsarbeit verfranzt haben, weil sie orientierungslos sind, so wird auch eine Volksgesetzgebung in die Irre gehen, wenn nicht vorher eine Standortbestimmung und ein Konsens über die Gesellschaft, wie wir sie haben möchten, erarbeitet wird.

blem - ein Problem, das nicht der liebe Gott geschaffen hat - zu lösen hoffen.

Seinem Charakter nach ist der Bürgerprotest eine Notbremse und ein Indikator für Mißstände. Es ist eine bequeme Art und dumm dazu, daß jene, die politischen Mist produzieren, jene ins politische Abseitschieben wollen, die feststellen, daß der Mist stinkt. Nur, wenn das Instrument Bürgerprotest so häufig gebraucht wird (gebraucht werden muß mangels anderer Einwirkungsmöglichkeiten), dann verliert es an Wirkung.

Wir müssen die Gesellschaft eben so gestalten, daß der Protest eine seltene Ausnahme bleiben kann. Und damit komme ich zu der Lücke.

6. Die Überwindung der Parteienherrschaft durch Reduzierung staatlicher Tätigkeit

Zur Einstimmung zitiere ich Prof. Dr. Wolfgang Zeitler, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, aus seiner Ansprache vom 12. Januar 1987 vor der IHK Mittlerer Oberrhein über das Thema "Der Unternehmer im Wandel der Rechts- und Sozialordnung":

"Die Gesetzgebung und Verwaltungspraxis ist voll von Beispielen, in denen versucht wurde, Besitzstände zu pflegen, Privilegien zu erhalten und Zunft- und Kastenstrukturen zu bewahren. Eine solche Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik ist ungerecht gegenüber der nachrückenden Generation, da sie ihr die gleichberechtigte Chance zum Erfolg vorenthält, und sie ist schädlich und unsozial gegenüber der Allgemeinheit, da sie im Interesse einiger weniger die wirtschaftliche Gesamtleistung mindert, Ressourcen fehl leitet und mögliche Kapazitäten unausgenutzt läßt. In nunmehr über 35 Jahren seiner Rechtsprechung hat sich das Bundesverfassungsgericht, ..., darum bemüht, die Freiheitlichkeit und Offenheit unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gegenüber einem an einseitigen Interessen orientierten Strukturkonservatismus durchzusetzen, oftmals gerade auch gegenüber dem Willen von Parlamentsmehrheiten und Regierungen, die ihrerseits unter dem mächtigen Druck von einflußreichen Lobbies und Interessenverbänden standen."

Die Schlagzeile **Das Steuer muß scharf herumgerissen werden** der HAZ vom 14.1.1987 ist ein Satz aus einer Rede des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow. Gorbatschow und seine Leute scheinen wenigstens eine Vorstellung davon zu haben, in welcher Richtung sich ihre Gesellschaft entwickeln muß. Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß der Weg in den Zentralismus mit Unterwerfung und Tod verbunden ist. Die negativen Erfahrungen mit dem bisher gegangenen Weg scheinen ihnen auch die Kraft zu geben, neue zu suchen und zu gehen. Wenn hier bei uns in der Bundesrepublik der Bundeskanzler Kohl von der Wende spricht,

dann hört sich das an, als rede er von einer Rolle rückwärts, zu der er und seine CDU keine Kraft haben. Die FDP ist voll damit ausgelastet, ihre Zielgröße "Verhinderung absoluter Mehrheiten" zu konservieren und ihren Anteil an der Parteienherrschaft zu sichern. Die SPD, der überall Orientierungslosigkeit nachgesagt wird, hätte aufgrund dieser Tatsache am ehesten die Chance, neue Wege zu suchen und zu gehen, wenn nicht in den Köpfen ihrer Mitglieder eingeätzt wäre, daß soziale Sicherheit nur im Bannkreis des Groß-Vaters Staates zu haben sei. Die SPD wollte sicher Emanzipation der Bürger, doch ist sie jene Partei, die am meisten dazu beigetragen hat, daß der einzelne Mensch dem Institutionsabsolutismus unterworfen wurde. (Ein Begriff, der meines Wissens von dem Staatswissenschaftler, Prof. Erich Reigrotzki geprägt wurde.)

Seit Walter Eucken (>Grundsätze der Wirtschaftspolitik<, rororo 81) wissen wir klarer, daß sich eine Gesellschaft nur in zweierlei Weise organisieren kann, zentral oder dezentral. Die Instrumente der Koordination sind im ersten Fall der Befehl, die Unterordnung und im zweiten Fall die Einigung, der Vertrag. Da die reinen Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation Ideale sind, die in der Realität nur annäherungsweise erreicht werden können, kommt es sehr darauf an, wohin sich eine Gesellschaft entwickelt. Wenn wir uns die Verkehrswirtschaft (Marktwirtschaft) und Zentralverwaltungswirtschaft (Kommandowirtschaft) jeweils als Pole vorstellen und die vorhandenen Gesellschaften mit ihren jeweiligen Mischformen auf einer Strecke da zwischen angesiedelt, dann können wir sehen, daß wir uns seit der Entstehung der Bundesrepublik eher von der Marktwirtschaft weg als zu ihr hin entwickelt haben. Betrachten wir uns den Bildungsbereich als Teil-Ordnung, so können nur politisch Blinde die Konvergenz (Annäherung) mit den sozialistischen Ländern nicht sehen. Das, was uns heute aus der UdSSR berichtet wird, besagt nichts anderes, als daß dort in Teilbereichen ein Weg in Richtung Dezentralität ertastet wird. Wir müssen aufpassen, daß es durch unser Beharren, real in die falsche Richtung zu gehen, nicht noch mehr Konvergenzen der beschriebenen Art zu Lasten der Konvergenz mit der Dezentralität, dem Idealtyp Verkehrswirtschaft, gibt. Uns Bundesrepublikanern wird eine Umkehr schwer fallen, weil der eine Hauptteil der manifesten Parteienherrschaft, die CDU, die Entwicklung unserer Gesellschaft in Richtung Marktwirtschaft von Anfang an behindert hat²² und unser heutiges Erscheinungsbild unserer Gesellschaft als eine marktwirtschaftliche Ordnung versteht, bzw. deklariert. Dies liegt auch daran, daß sie Unvereinba-

²² So die sinngemäße Antwort von Ludwig Erhard auf meine entsprechende Frage am 7.10.'72 hier in der Evangelischen Akademie Loccum. So auch nachzulesen in der Titelgeschichte des >Spiegels< vom 9.9.53 .

res gleichzeitig will: Marktwirtschaft mit seinem Leistungswettbewerb und Kapitalismus mit seinem Privileg, arbeitsloses Einkommen zu erzielen. Der andere Hauptteil der manifesten Parteienherrschaft, die SPD, hat sich nie ganz vom Marxismus gelöst und durch eine unselige Ausprägung des Keynesianismus in einen neuen Staatsaktivismus hineinmanövrieren lassen. Dieser Teil der Parteienherrschaft steht sich bei seiner Selbstauflösung durch Reduzierung staatlicher Aktivität ideologisch selbst im Wege. Und das tragische an unserer bundesrepublikanischen Entwicklung ist, daß jene, die sich mit der Restaurierung des Kapitalismus nicht abfinden wollten, die Marktwirtschaft als Befreiungsinstrument nie verstanden haben und Zuflucht beim Marxismus gesucht haben. Den Marxismus nennt Hermann von Berg "renomierter Wirtschaftswissenschaftler aus der DDR" in seinem Buch >Marxismus-Leninismus - Das Elend der halb deutschen halb russischen Ideologie< (Bund-Verlag 1986) ein geistiges Gefängnis. Auf Seite 253 schreibt er wörtlich: "Die Praxis zeigt: Der Marxismus ist eine lebensfremde, für die Interessen des Volkes schädliche und feindliche Ideologie." Er nennt ihn "Murxismus".

Von Berg hat sich intensiv und ausdauernd mit den Grundlagen der Gesellschaft der DDR, die er verlassen hat, auseinandergesetzt. Wo findet die Auseinandersetzung mit den Grundlagen unserer Gesellschaft in der erforderlichen Tiefe und Breite statt? Das meiste, was dazu gesagt wird, sind Zeugnisse eines ideologischen Stellungskrieges oder oberflächliches Geschwätz. Eine Klärung findet nicht einmal in den Hochschulen statt, schon lange nicht durch die Presse.

Soweit ich in die Materie eingedrungen bin und Urteilssicherheit gefunden habe,²³ kann sich der Bürgerwille, der sich ja gerade dadurch manifestiert, daß fast jeder seine eigene Vorstellung von den idealen Arbeitsbedingungen, des optimalen sozialen Sicherungssystemes, des humansten Bildungssystems usw. hat, nur dann gegen die Parteienherrschaft durchsetzen, wenn die Aktivitäten des Staates radikal reduziert werden und die Bürger ihre Belange durch privatrechtliche Zusammenschlüsse und Verträge regeln.

Was dem Staat bleibt und was er zu veranlassen hat:

Da eine dezentrale Ordnung, in der der Bürger sein eigener Herr, die Bürgerin als Frau ökonomisch vom Mann unabhängig ist, nur mit dem Koordinations- und Kooperationsinstrument Marktwirtschaft realisiert werden kann, hat das Volk als Verfassungsgeber und der Bundestag als gesetzgebendes Verfassungsorgan die Rahmenbedingungen für ihr

²³ Was ja nicht besagt, daß ich keinen Irrtümern aufsitzen kann.

Funktionieren zu schaffen.²⁴ Dazu gehören neben den ökologischen und wettbewerbsrechtlichen Daten nach der freiwirtschaftlichen Schule, die mir bei der Entwicklung meiner liberalsozialen / libertären Position sehr nützlich war, vor allem ein neues Bodenrecht und eine verbesserte Geldverfassung. Dadurch wird es möglich, eine Dauerbeschäftigung ohne Arbeitslosigkeit zu installieren. Auch löst sich dann ohne weitere Gesetzgebungsakte das Problem der Ausbeutung und Vermögenskonzentration auf. Dieses sind keine Glaubenssätze, sondern durch Prüfung nachvollziehbare Erkenntnisse.

Der Staat hat dann noch die meisten Institutionen vom Arbeitsamt über Sozialversicherungen und Schulen bis hin zu den Zünften (Kammern) aus ihrer öffentlichrechtlichen Trägerschaft zu entlassen, die Zwangsmitgliedschaften aufzuheben und nur noch eine Kontrolle im Sinne des Strafrechtes über die dann in Vielzahl entstehenden privatrechtlichen organisierten, dem Bürgerwillen entsprechenden Institutionen auszuüben.

Wie die Rahmenbedingungen für ein freies Bildungswesen aussehen könnten, ist den von mir formulierten >Thesen zur grünen Bildungspolitik< zu entnehmen, die in dem betreffenden Tagungsprotokoll des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses der GRÜNEN vom 24. - 26. Februar 1984 in Göttingen so ganz aus versehen nicht wiedergegeben wurden.

Ihr T.A.

²⁴ Die Marktwirtschaft ist kein Naturprodukt.

THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK

vorgelegt aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses

der GRÜNEN vom 24. - 26. Februar 1984 in Göttingen

vom liberal-sozialen Arbeitskreis DRITTER WEG

formuliert

von

Tristan Abromeit

***Die Erziehung war ein wichtiges Werk des Staates und
der Staat ein fortdauerndes Werk dieser Erziehung.***

Friedrich Schiller

(in: „Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus“

zitiert aus:

„Bürger für die Gesetze“,

von Friedrich Salzmann

Verlagsgenossenschaft *Freies Volk Bern*, 1949)

1. These

Wenn den Grundrechten Geltung verschafft werden soll, ist die Entwicklung und Realisierung eines dezentralen Bildungssystems ein Auftrag des Grundgesetzes.

Unser jetziges Bildungs- und Schulsystem kann den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) nicht garantieren; die Freiheitsrechte (Art. 2) nicht wahren, die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3) nicht herstellen. Die Freiheit der Lehre (Art. 5) bleibt auf der Strecke, und der Schutz der Familie (Art. 6) wurde zur Entmündigung.

2. These

Art. 7 Abs. 1 des GG besagt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“

Überall gilt, daß der Kontrolleur nicht gleichzeitig der zu kontrollierende Akteur sein kann.

Nur im Bereich des Schulwesens gilt bisher diese Logik nicht.

Aber auch eine auf die Kontrolle reduzierte staatliche Tätigkeit im Bereich des Schulwesens ist

nur dann gerechtfertigt, wenn sie andere Grundrechte nicht einschränkt, d. h. letztlich, daß der Staat weder die Bildungsinhalte noch die Formen der Bildungsvermittlung vorschreiben kann, sondern nur darauf zu achten hat, daß für alle Beteiligten im Bildungsprozeß eine Chancengleichheit besteht und daß allgemeine Gesetze eingehalten werden.

3. These

Ein dezentrales alternatives Bildungssystem ist nur erreichbar, wenn Schüler, Lehrlinge (Auszubildende) und Studenten (stellvertretend die Eltern) als Bildungsnachfrager autonom werden, so wie Lehrer und Schulträger als Bildungsanbieter autonom werden müssen. Letztlich heißt das, daß für die Bildungsnachfrager die Schulpflicht in Gestalt des Schulzwanges aufgehoben werden muß und daß sie ökonomisch in die Lage versetzt werden müssen, ihre Bildungsnachfrage selber (z.B. durch Bildungsguthaben)²⁵ zu finanzieren. Für alle Bildungsanbieter folgt daraus, daß sie als Lehrer auf den Beamtenstatus verzichten müssen und als Institution auf eine Finanzierung oder Subventionierung durch den Staat verzichten müssen. Leistung und Gegenleistung wird dann durch privatrechtliche Verträge geregelt. Dafür, daß die Bildungsangebote den Bedürfnissen der Bildungsnachfrager entsprechen, sorgt dann der Wettbewerb.

4. These

Da Bildung auch den Zweck hat, daß die (Aus-)Gebildeten in die Lage versetzt werden, einem Broterwerb nachzugehen, hat ein dezentrales alternatives Bildungssystem auch zur Voraussetzung, daß die Zugänge zu den Berufslaufbahnen neu definiert werden. Denn bleiben hier die alten Normen erhalten, können keine noch so guten neuen Bildungsgänge ohne Verfälschung

25 Das Bildungsguthaben ist eine Finanzierungsart der Bildung:

1. die Personen und nicht Institutionen subventioniert (Stärkung der realen Mitbestimmung der Schüler / Eltern und des Wettbewerbes der Schulen um Schüler);
2. die Eltern / Schülern ein persönliches Bildungsguthabekonto bei einer staatlichen Verwaltung (z.B. Finanzamt) einräumt;
3. die die anteiligen Personal- und Sachkosten des Bildungsganges voll oder zum Teil durch Eltern / Schüler finanzierbar macht (Die Aufwendungen der Gemeinschaft werden gegenüber dem jetzigen System nicht größer.);
4. die die Finanzierung der Bildung über den Staat zeitlich begrenzt (z.B. bis zur Vollendung des 18. o. 21. Lebensjahres.);
5. die nicht nach der Höhe der Kosten des jeweiligen Bildungsganges differenziert, sondern für alle Schüler, Lehrlinge und evtl. Studenten in den ersten Semestern pro Kopf z.B. 80 oder 90% der (z.B. 10 teuersten Bildungsgänge) zur Verfügung stellt. Nicht abgerufenes Guthaben wird dann nach Erreichen der Förder-Altersgrenze (z.B. als Existenzgründungsbeitrag) ausgezahlt.

durch den Anpassungsdruck durchgehalten werden.

5. These

Die erfolgreiche individuelle (oder gruppenmäßige) Bildungsplanung setzt einen kontinuierlichen berechenbaren Verlauf in der Wirtschaft voraus. Eine breit angelegte Bildung, die sich nicht auf die notwendigste Wissensvermittlung beschränken will, setzt ein Mindestmaß an ökonomischer Wohlhabenheit voraus. Beide Faktoren sind heute nicht gegeben, können aber mit ökonomischen Erkenntnissen, die seit der Jahrhundertwende vorliegen, bei Wahrung ökologischer Belange erreicht werden.²⁶

6. These

Auch wenn eine neue grüne Bildungspolitik nicht bei Null beginnen kann und für die Umsetzung parlamentarische Mehrheiten fehlen, ist es erforderlich die langfristigen Ziele zu beschreiben, weil sonst die Bildungs-Tages-Politik orientierungslos bleibt.

7. These

Zur Zielerreichung einer neuen emanzipatorischen Bildungslandschaft können Zwischenlösungen angestrebt werden. Wichtig ist, daß Eltern, die ihre Kinder einer privatrechtlich organisierten öffentlichen Schule anvertrauen wollen, finanziell genauso gestellt werden wie Eltern, die ihre Kinder weiterhin auf eine staatlich organisierte Schule schicken wollen. Der (die) freie Lehrer(in) darf gegenüber dem (der) verbeamteten Lehrer(in) nicht länger finanziell benachteiligt werden.

Die Städte und Gemeinden sind zu verpflichten - solange keine generell neue Bildungsförderung eingeführt wurde - für die Schüler freier Schulen die gleichen Pro-Kopf-Sachkosten zu übernehmen wie für die Schüler staatlicher Schulen.

oooooooooooooooo

26 Wenn wir nach zusätzlichen Mitteln zur Finanzierung eines freien Kulturlebens suchen, dann brauchen wir uns nicht mit einem Verweis auf den Rüstungsetat zu beschränken. Die Behebung und Vermeidung von Konjunkturkrisen macht ungeheuer viel Mittel frei. Es würden die Kosten der Krisen (Kapitalvernichtung durch Konkurse, Ausfälle bei den Steuern und Sozialversicherungen und die Arbeitslosenunterstützung) gespart, und das Arbeitseinkommen kann zu Lasten des Kapitaleinkommens wesentlich erhöht werden.

Tristan Abromeit,
Ex-Mitglied der FDP
Gründungsmitglied der GRÜNEN
Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt
E-Mail: Abromeit@T-online.de



Ich habe meinen Wahlszettel verbrannt!

Memorandum

An: Unentschiedene WählerInnen
Von: Tristan Abromeit
Datum: 21. 09. 98
Betreff: Wie soll sich ein(e) unentschlossene(r) zweifelnde(r) Wähler(in)
bzw. Bürger(in) in oder nach der Wahl zum Bundestag qm 27. Sep
tember 1998 verhalten?
> Ein Text, der über den Wahltag hinaus zielt. <

Empfehlung in Kurzform:

Noch nie war die Wirkungsmöglichkeit der zweifelnden und unentschlossenen Wähler so groß wie bei dieser Bundestagswahl. Wirbelt die Parteienherrschaft durcheinander und gebt damit der Demokratie eine Entwicklungschance! Wählt nicht die FDP und nicht die Bündnisgrünen. Habt Mut zur Extremwahl. Wählt die PDS oder die Initiative Pro DM. Dies zwingt die SPD und CDU/CSU zur großen Koalition und damit zum Offenbarungseid ihre Politik, die mehr von Ideologien und getarnten Gruppeninteressen als von der auf die Ganzheit der Gesellschaft ausgerichteten Vernunft bestimmt wird. Um ihren unvermeidlichen politischen Konkurs abzuwenden, werden die „großen“ Parteien dann eine Verfassungs- und Ökonomiediskussion nicht mehr blockieren. Die Parteien, FDP und Bündnisgrüne, werden ohne Bundestagsmandate auf schmerzhaft Weise daran erinnert, wozu sie eigentlich gegründet wurden.

Die Zeitungsverlage machen zur Zeit in einer Anzeigenkampagne eine entgegengesetzte Aussage wie ich hier. Die Zeitungsverlage oder -macher beweisen m.E. damit nur, daß sie sich wie zu Zeiten der NS- und SED-Herrschaft als Diener und Teilhaber politischer Macht verstehen, die auf der Ohnmacht der Bürger, ihrer Abonnenten beruht.

Vertraut Euerer eigenen Wahrnehmung mehr als den Verlautbarungen der Presse und der Parteistrategen.

Warum habe ich meinen Wahlzettel verbrannt?

1. Die Häufung kleiner Übel ergibt ein großes Übel!

Seit ich wählen darf und bewußt wähle habe ich immer nur die Wahl des kleineren Übels gehabt. Nach Jahrzehnten als aktiver und bejahender Demokrat komme ich nicht umhin, mir einzugestehen, daß die Anhäufung des kleinen Übels im demokratischen System auch das große Übel wie in totalitären Systemen ergibt.

2. Keine Wahl von Verfassungsfeinden im Kleide des Staatsmannes!

Die Entscheidung zwischen den Verfassungs- und Demokratiefeinden Gerhard Schröder und Helmut Kohl und den sie tragenden Parteien ist keine inhaltliche Wahl. (Ich verweise insbesondere auf den von den Parlamentsparteien ignorierten Artikel 146 des GG, aber auch auf die

Art, wie die Niedersächsische Landesverfassung nach der Vereinigung von DDR und BRD den neuen Verhältnissen angepaßt wurde. Noch nie wurde den Deutschen, den Bürgern der BRD, die Ausübung des Rechtes der Verfassungsgebung ermöglicht. Weder Schröder noch Kohl haben zu erkennen gegeben, das sie ihre Rolle als Verfassungspiraten aufgeben wollen.

3. Die „Bundestagsparteien“ bieten nur Trabis mit unterschiedlichem Anstrich an

Nicht nur die SPD, sondern auch die CDU, die Bündnisgrünen und die FDP repräsentieren ein sozialdemokratisches Gesellschaftsmodell, das bisher immer wieder seine Untauglichkeit zur Verwirklichung von Freiheit, Wohlstand und Frieden demonstriert hat. Natürlich gibt es bei den Parteien Nuancen in den einzelnen Politikfeldern. Ordnungspolitisch vertreten aber alle einen willkürlichen, unsystematischen Staatsinterventionismus, der seit Jahrzehnten die zentralistischen Strukturen (mit unsystematischen und daher störenden dezentralen Einsprengeln) gefördert hat. Dies kann ein politisch Blinder wie Theodor Waigel, der im Wahlkampf von *Freiheit oder Sozialismus* redete, nicht sehen. Es ist in allen Parteien kein Bewußtsein (in mehrheitsbildender Form) davon vorhanden, daß der unsystematische Staatsinterventionismus ein ungeeignetes Instrument für die Behebung der Kapitalismusprobleme ist. Selbst die Tatsache, daß wir an allen Enden und Ecken Kapitalismusprobleme haben, wird geleugnet oder mit Begriffen wie *Wirtschaftsprobleme, Globalisierung* etc. versteckt. Einsichten in die ökonomischen Ursachen von Kriegen und Revolutionen, für die destruktive Macht eines Hitlers oder Stalins werden ignoriert. Das ausgehende Jahrhundert hat –zig Millionen von Menschen den vorzeitigen Tod oder den Raub ihres Lebensglücks gebracht. Dieses maßlose Opfer an Menschenglück hat die Politik nicht veranlaßt, wirklich neue Ufer zu erreichen. Es gab Ansätze - mehr nicht! Die programmatische Berufung der herrschenden Parteien auf den Begriff *Soziale Marktwirtschaft* ist daher eine Verhöhnung jener Menschen, die ihn nach dem zweiten Weltkrieg, aber vor der kapitalistischen Restauration geprägt und wirtschaftspolitisch eingeführt haben. Wir müssen schon bis ins Mittelalter zurückblicken, um eine Zeit zu entdecken, in der die Menschen nicht der Drangsal eines Privat- oder Staatskapitalismus ausgesetzt waren. Zu Zeiten des kalten Krieges wurde von der Konvergenz (der Annäherung) der Systeme gesprochen. Nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhanges hat die Politik und Wissenschaft es nicht fertig gebracht zu überprüfen, ob wir uns zum Schaden der Individuen und der Gesellschaft zu sehr dem realexistierenden Sozialismus (der eine Verhöhnung sowohl sozialistischer wie auch liberaler Ideen war und ist) angepaßt haben.

4. Ökonomische Systemfehler werden ignoriert und Erkenntnisprozesse behindert

Sowohl die Arbeitslosigkeit, wie auch die Verarmung bei uns, der Hunger-, der Kälte- oder der Kriegstod sind keine Folge von Naturgesetzen, sondern haben wesentliche Ursachen in den Systemfehlern der Ökonomie. Da Erkenntnisprozesse nun mal mühsam und die Erkenntnisfähigkeit der Menschen in den verschiedenen Wissensbereichen unterschiedlich sind, kann weder Parteimitgliedern noch Mitgliedern des Bundestages und der Bundesregierung ein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn sie als Einzelpersonen bestimmte Erkenntnisse nicht haben oder nicht nachvollziehen können. Wenn sie aber als vereidigte Amts- und Mandatsinhaber (oder mit Staatsknete finanzierte Parteifunktionäre) verhindern, daß individuell vorhandene Erkenntnisse über die Lösung gravierender ökonomischer Störungen in einen allgemeinen, politisch wirksamen Erkenntnisprozeß einfließen und damit eine Wohlstandssteigerung der Gesellschaften verhindern, dann degradieren sie sich selbst zu Feinden der Menschheit, zu Kriminellen und werten das Parlament als Arbeitsgemeinschaft ab und provozieren Träume vom „starken Mann“.

5. Wahlmanipulation durch Abwesenheit von Chancengleichheit

Aus totalitären Staaten kennen wir Wahlmanipulationen. Wir selber unterliegen aber auch Wahlmanipulationen. Nur werden bei uns (hoffentlich !) keine Ergebniszahlen gefälscht, sondern es wird durch die Fünf-Prozent-Klausel, durch die Art der Parteienfinanzierung, durch die Wahlgesetze, durch die Art der Berichterstattung über die Parteien in den Medien und durch die Geringschätzung der kleinen Parteien in die Politikwissenschaft ein chancengleicher Wettbewerb der Parteien untereinander verhindert. So wie für ein zentralistisches Kommandoregime ein Zuteilungssystem (von Rechten, Chancen, Gütern, Gehältern usw.) eine Existenzbedingung ist, so ist für die Freiheit eben der Wettbewerb eine Existenzbedingung. Die humane, gerechte und chancengleiche Ausgestaltung des Wettbewerbes in allen gesellschaftlichen Bereichen ist die sträflich vernachlässigte Größe bei uns sowohl nach dem Zusammenbruch des Naziregimes wie auch nach der Auflösung des SED-Staates. Die „staatstragenden“ Parteien, deren Mitglieder mit Einfluß nur eine klitzekleine Minderheit aus einer klitzekleinen gesellschaftlichen Minderheit der gesamten Parteimitglieder sind, benehmen sich so, als seien sie Eigentümer des Staates und strafen mit politischer Mißachtung jene Konkurrenten, die es nicht geschafft haben, 1. die Staatskassen zur eigenen Machterhaltung und –ausweitung zu plündern und 2. Staatsämter in der Manier der Hausbesetzern zu ergattern.

6. Der moralisierende Druck auf die Nichtwähler ist kontraproduktiv

Unser Bundespräsident, Roman Herzog, hat anlässlich der Gedenkfeier zur Einberufung des Parlamentarischen Rates die Nichtwähler oder Wahlverweigerer ins „Gebet“ genommen. Andere eifern mit ihm in dieser Angelegenheit um die Wette. Der Bundespräsident muß aufpassen, daß er nicht zum Schwätzer wird. Auch Herrscher in Demokratien haben wie solche in totalitären Staaten das Bedürfnis, ihre (Un-)Taten durch das Volk legitimieren zu lassen. Wer in Demokratien nicht durch wirkliche Alternativen zur alltäglichen Politikpraxis Anreize zur Wahl bietet und statt dessen durch moralischen Druck die BürgerInnen zur Wahl bewegen will, der wandelt geistig in die Nähe von Diktatoren. In Demokratien sind die „treuen“, an Parteien gebundenen Wähler die eigentliche Gefahr weil sie jeden Schwachsinn der Parteien und ihrer VertreterInnen in Regierung und Parlament sanktionieren. Kein Mensch erwartet von Wochenmarkt- oder Kaufhausbesucher eine Kaufentscheidung, wenn er für ihn nichts Brauchbares oder nur Verdorbenes findet. Die Aufforderung an jene, doch zu wählen, die nichts Passendes im politischen Angebot finden, entwertet die Wahl jener, die sich viel Mühe mit ihrer Entscheidung machen (gemacht haben).

Bei den Nichtwählern müssen wir auch unterscheiden. Ich sehe vier Gruppen: a) jene, die vor dem Dilemma stehend, nur zwischen verschiedenen Übeln wählen zu können und ihre demokratische Würde durch die Nichtwahl wahren wollen; b) jene, die parteigebunden sind, aber ihrer Partei einmalig die Zustimmung verweigern, c) jene, die schlecht oder gut begründet gegen Wahlen und die Demokratie als Regierungsform sind, und d) vor allem jene, die nicht glauben können, durch eine Wahlbeteiligung ihre ureigenen Interessen positiv beeinflussen zu können. Es könnte doch immerhin sein, daß die Gruppe d) der Nichtwähler die Politik realistischer beurteilt als die große Zahl der aktiven und überzeugten Wähler. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, haben die Nichtwähler bisher jede Regierung (gemessen an die Gesamtwählerschaft) zu einer Minderheitenregierung gemacht. Bescheidenheit der jeweiligen Regierung wäre angesagt. Aber viel wichtiger ist, daß ein freiheitliches und demokratisches Regierungssystem dafür zu sorgen hat, daß auch die Nichtwähler ihren Einfluß auf die Gesellschaft geltend machen können. Dieses ist nur möglich in einer auf Dezentralität ausgerichteten Ordnung in der die Entscheidungsebenen näher an den Interessen der Betroffenen angesiedelt werden können. Die Tendenz ist aber trotz scheinbarer Deregulierung gegenläufig. Und die Art wie die CDU und FDP die Deregulierung betreiben, mindert sie nicht die Bürokratie, macht aber die Menschen ausbeutungsreifer und gängelungsfähiger.

7. Die Wahlprogramme kaschieren das nackte Machtstreben

Die programmatischen Aussagen der Parteien dienen weniger dazu, Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu offerieren, als vielmehr dazu, das nackte Streben nach Macht zu kaschieren. Die Selektion der Abgeordneten über die Parteien, auf die der Wähler erst im zweiten Schritt einen gewissen Einfluß hat, spült in erster Linie machtorientierte Mitglieder nach oben, weniger doch sehr problemlösungsorientierte. Zudem sind Parteien - besonders „Volksparteien“ - Apparate zur Produktion von Lügen, weil sie Wählern und Mitgliedern mit entgegengesetzten Interessen gleichzeitig unvereinbares versprechen müssen.

Im Internet (<http://www.wahlkampf98.de/fun/Phrasendrescher/>) wird der Phrasendrescher angeboten, mit ihm kann man beliebige Aussagen einer Partei mit Aussagen anderer Parteien kombinieren und somit neue Parteiprogramme kreieren.

8. Extremparteien repräsentieren Teile der Gesellschaft, die die gleichen Rechte haben.

Zu einer Gesellschaft als ganzer gehören Dumme und Kluge, Faule und Fleißige, Gesetzestreue und Gesetzesbrecher, Menschen mit einer körperlichen Normalausstattung und Behinderte, aber eben auch Mitglieder linker und rechter Parteien. Außerdem: Wenn es keine politischen Extreme auf der linken und rechten Seite gäbe, könnte sich keine Partei in der Mitte einordnen. Soviel mehr diese Tatsache hingenommen wird und der Umgangston der „staatstragenden“ Parteien der Mitte gegenüber den Extremparteien respektvoll und versöhnlich ist, soviel weniger haben die linken und rechten Parteien und Gruppierungen einen Grund, sich häßlich zu gebärden. Wir dürfen einfach nicht übersehen, daß Form und Inhalt der Aktionen der Extremisten eine Reaktion auf die Form und den Inhalt der Aktionen der politischen Mitte sind. Zur Freiheit und Demokratie gehört auch das Recht, für deren Abschaffung zu werben. Das Vorhandensein von Feinden der Freiheit ist der notwendige Stachel, der die Demokraten am Einschlafen hindert. Die Gefahr für die Freiheit kommt aber immer wieder aus der Mittelmäßigkeit der politischen Mitte, die nicht mehr in der Lage ist, sachgerechte und auf Freiheit und Geschwisterlichkeit ausgerichtete Problemlösungen zu formulieren und durchzusetzen. Gerade in einer solchen Situation sind die extremen politischen Positionen mit ihren Teilwahrheiten in den Parlamenten erforderlich. Wer linke und rechte Positionen und mittige von kleinen Gruppen außerhalb der Parlamente nicht durch bessere Argumente, sondern mit rechtlich abgesicherten Tricks aus dem Bundestag halten will, schadet der Idee der Demokratie, die ohnehin viel an Glaubwürdigkeit verloren hat. Die Liste des Bundeswahlleiters weist 95 Parteien oder partei-

ähnliche Gebilde aus. Nicht alle werden überhaupt und auch nicht überall zur Wahl antreten. Aber warum haben nur die „staatstragenden“ Parteien ein Abonnement auf Darstellung in den Massenmedien. Die Grünen, einstmals gegründet, um die Parteienherrschaft, das Parteienkartell zu sprengen, fanden erst ausführlich Raum in der Darstellung der Medien, als sie sich selbst als Teil der Parteienherrschaft zu entwickeln begannen. Die Verwaltung der Stadt Neustadt rätselt über die stark steigende Zahl der Briefwähler und vermutet die Faulheit der Wähler als Ursache. Ich vermute dagegen, daß die Briefwähler die einzige Chance nutzen, um mit Muße die ganze Palette der Kandidaten und Parteien schon vor der Wahl und vor dem Wahllokal kennenzulernen

9. Durch eine Extremwahl können die politischen Karten neu gemischt werden

Die Wahlmüdigkeit vieler Bürger scheint mir eine Folge der Resignation zu sein. Resignation darüber, daß sie mit ihrer Stimme doch keinen wesentlichen Wandel bewirken. Ein Wechsel von Kohl zu Schröder, von der CDU zur SPD, wird von vielen nicht als wesentlich verstanden. Außerdem vermitteln Medien, Wahlforscher und Politikwissenschaftler die Unbeweglichkeit der Politik als etwas Naturgesetzliches. Aber diesmal könnten relativ wenig flexible Wähler den unbeweglichen, den ängstlich an Gewohnheiten festhaltenden Wählern den Rang ablaufen. Es gehört nicht viel dazu, den (mir persönlich durch Mitgliedschaft am nächsten stehenden) Parteien, FDP und Bündnisgrünen, die Tour zu vermässeln, indem die unentschlossenen Wähler den Mut für eine Extremwahl aufbringen und die PDS auf der linken oder die Pro DM auf der rechten Seite wählen. SPD und CDU haben zu viele Stammwähler, um sie abzuwählen zu können. Bei den Bündnisgrünen (die eine rechtlich selbständige Abteilung der SPD geworden sind - die Äußerungen von Otto Schily zur Vereinigung der beiden Parteien sind inhaltlich richtig, höchsten strategisch falsch. - siehe HAZ vom 10. 9 98) und bei der FDP (der der analytische Verstand für notwendige Grundlage einer freien Gesellschaft fehlt) ist die Abwahl möglich. Ein neuer Bundestag ohne FDP und Bündnisgrüne, aber mit konkurrierenden linken und rechten Positionen: Es gäbe eine Situation, die die CDU und SPD zu einer großen Koalition und in Folge zum Offenbarungseid zwingt, weil beide Parteien mit verbrauchten Ideen angetreten sind. Um ihren politischen Bankrott abzuwenden, müßten sie ihre Blockade gegen eine offene Verfassungsdiskussion und eine Verfassungsgebung durch das Volk, auch gegen eine menschen- und umweltfreundliche Ökonomie aufgeben. Wir könnten hoffnungsvoller in das nächste Jahrhundert schauen.

10. Mitgliederhoffnungen und Parteienwirkungen

Georg Otto, mein politischer Freund, der vor 21 Jahren noch als SPD-Mitglied den Aufruf zur Gründung einer grünen Partei formulierte und mit der Aktion *AKW-Gegner in den Landtag* und der Erringung eines Kreistagsmandates in Hildesheim die Gründung der *GRÜNEN LISTE UMWELTSCHUTZ* erst in Niedersachsen und dann bundesweit auslöste, sammelt vermutlich bis zur letzten Stunde vor dem Wahltag Stimmen für die Bündnisgrünen, weil er die Hoffnung hat, diese Partei könne den Wandel von grün über rot zur USPD rückgängig machen und damit für das eintreten, für das sie gegründet wurde. Ich glaube, ein positiver Wandel der Grünen ist nur zu erreichen, wenn diese Partei ordentlich einen auf die Mütze erhält. Es genügt eben nicht, wenn sie einen begnadeten Redner mit Unterhaltungswert wie Joschka Fischer hat (diese Attribute werden auch dem Unterdrücker und Mörder Adolf Hitler von Zeitzeugen attestiert), und es genügt auch nicht, daß ein Jürgen Trittin die Linken in der Partei zusammenhält (diese Fähigkeit soll auch Lenin bei mörderischer Gesinnung gehabt haben). Die Parole der Partei: **nicht links, nicht rechts, sondern vorn** scheint mir unwiderruflich verloren gegangen zu sein. (Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich könnte mir sowohl Fischer wie auch Trittin ebenso Schröder oder Kohl als persönliche Freunde vorstellen. Meine Auslassungen sind nur minimal Ausdruck von Abneigungen gegen Personen oder von persönlichen Enttäuschungen.) Die Politik ist manchmal schon kompliziert. Als Gründungsmitglied der Grünen werbe ich dafür, die Grünen nicht zu wählen, nämlich weil ich mir selber treu bleiben will und weil die Gründungsziele dieser Partei durch ihre heutige Erscheinungsform gefährdet sind. Ich war auch schon in der Situation, daß ich für die FDP Plakate geklebt habe, aber in der Wahl dann der Grünen Liste Umweltschutz meine Stimme gegeben habe. 1967 habe ich die Gründung des Versuchsbalons der Liberal-Sozialen Partei initiiert. Seitdem habe ich wie viele andere Mitglieder in anderen Parteien viel Zeit, Kraft und Geld investiert. Mein Urteil heute: Die Parteien gefährden die Demokratie, sie sind Maschinen die einige Mitglieder in wohldotierte Ämter katapultieren aber in der Hauptsache den Idealismus ihrer Mitglieder ausbeuten, sich grundgesetzwidrig wie Gesetzgeber gebärden, teuer in der Unterhaltung sind und wenig leisten. Die innerparteiliche Demokratie ist eine Illusion. Die Demokratie ist aber entwicklungsfähig. Die politische Partei ist ein Instrument, das seine Untauglichkeit bewiesen hat. Wir müssen den Wettbewerb der politischen Ideen und die Selektion der Mandatsträger anders und besser gestalten. Viele Mitglieder vieler Parteien fühlen das bestimmt ebenso; sie können es sich aber nicht eingestehen, weil

es einen Verlust an politischer Geborgenheit bedeutet würde oder weil sie sich den Zustand ohne den Parteien nicht vorstellen können. Machen wir uns die Distanz der Verfassung der USA zu den Parteien zu Nutze. Entwickeln wir etwas Neues. Es gibt gute Gründe, nicht zur Wahl zu gehen. Es gibt bessere Gründe, zur Wahl zu gehen, als Herzog, Kohl, Schröder und die Zeitungsverleger sie angeben. Seid nachsichtig gegenüber Wahlwerbern, denn sie glauben, etwas Gutes zu leisten, sie haben sich als Parteimitglied mit inneren und äußeren Widersprüchen und Widrigkeiten abgeplagt und auf manches Vergnügen verzichtet, das sich Nicht-Parteimitglieder leisten konnten.

11. Verbrennen des Wahlzettels als Protest

Ich selber habe mich aus dem Wahlkampf heraus gehalten, um mich nicht selber belügen zu müssen. Ich bin aber emotional den Grünen zu sehr verbunden, als daß ich die PDS oder die Pro DM wählen könnte. Andererseits bin ich ein zu kritisch-kämpferischer Demokrat, um bei dieser Wahl nur zu Hause zu bleiben. Die öffentliche Verbrennung meines Wahlzettels erschien mir als ein geeigneter Protest. Wobei ich die Flamme als eine Flamme der Läuterung verstehe. Vielleicht nimmt es niemand wahr. Sicher ist es als ein Einzelakt nur ein wirkungsloses Strohfederfeuer. Wir wissen aber, daß Stroh gebündelt abgebrannt, enorme Energien freisetzen kann. Oder mit einem anderen Bild gesprochen. Der brennende Wahlzettel könnte ein Fidibus in einem dunklen gefährlichen Labyrinth sein, der für einen Augenblick den Ausgang sichtbar macht.

12. Die Großorganisationen sind keine Hilfe bei der Wahlentscheidung

Was mich besonders bedrückt, ist die Tatsache, daß die Bürger auch durch die Großorganisationen wie Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände keine brauchbaren Entscheidungshilfen (ich meine eben nicht desorientierende Wahlempfehlungen) erhalten. Dies liegt sicher daran, daß die Orientierungslosigkeit in der Politik parteiübergreifend ist und daß alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen in die Parteienherrschaft verstrickt sind und aus Angst vor einem Privilegien- oder Einflußverlust keine offene Diskussion nicht.

12.1 Die Kirchen

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, und der Vor-

sitzende der EKD, Präses Manfred Koch, befürchteten Anfang des Jahres zu Recht einen inhaltlosen Wahlkampf. Lehmann und Koch hätten dieses aber verhindern können. Ihre Kirchen wären bestimmt voll gewesen, wenn die bedrückenden Fragen unserer Gesellschaft, ja der Menschheit, dort verhandelt würden. Die Bibel enthält von der Vernunft (eine Gabe Gottes) überprüfbare Weisheiten zur Ökonomie und nicht nur vernunftwidrige Glaubensbilder, welche gestern vielleicht ewige Frage nach dem Woher und Wohin befriedigen konnten, aber heute den Charakter eines Aberglaubens vorchristlicher religiöser Deutungen haben. Was Einsehbar ist, das soll nicht mehr gelten. Was von der Vernunft nicht einsehbar ist, soll Gültigkeit haben. So ist es kein Wunder, daß die permanente psychotherapeutische Wirkung der Religion verloren gegangen ist und die Theologen leeren Stühlen predigen. Die Kirchen sind aber auch nicht mehr das Opium für das Volk. Kirchen- und Politikfunktionäre verhandeln aber so miteinander, als würden die Kirchen noch das Opium produzieren und verabreichen. Die Wahrhaftigkeit ist den Kirchen wie den Parteien abhanden gekommen. In anderen Religionen und anderen Ländern dient die religiöse Tradition, der religiöse Rahmen dazu, eine Opposition gegen eine aus dem Westen kommende lebensfeindliche Struktur zu formulieren. (War es in der DDR nicht ähnlich?) Die offensichtlich als notwendig empfundene Radikalisierung ist aber kein Fortschritt, sondern eine Regression, weil sie eine geistige Fortentwicklung, die schon mit der Geburt einer Religion einsetzt, rückgängig machen will. Wir erfahren es aus den Medien oder durch eigene Anschauung: Die Ergebnisse sind unbefriedigend bis grausam. Wir können uns nicht damit trösten, daß das bei uns gottlob nicht so ist. Das Radikalisierungspotential und der Fanatismus ist auch in den Kirchen angelegt. Die Geschichte lehrt es. Der analytische Verstand kann - weil er begrenzt ist - nie den Glauben ersetzen. Aber wo die Analyse gesellschaftlicher Prozesse durchdringen und die Entstehung und Funktion gesellschaftlicher Normen erklären kann, da müssen auch die Kirchen die Analyse einsetzen und Mut entwickeln, um kirchliche und gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu benennen - sei es um den Preis des Unterganges der Kirchen. Die Lebensdauer einer Religionsgemeinschaft entspricht zeitlich nur dem Wimpernschlag Gottes.

12.2 die Gewerkschaften

Waren oder sind die Gewerkschaften eine Orientierungshilfe in der Wahl? DGB-Chef Dieter Schulte wirbt für einen Politikwechsel. So steht es sinngemäß unter einem Bild, das die HAZ in der Ausgabe vom 7. 9. 98 veröffentlichte. Schulte wird mit einem Plakat im Hintergrund gezeigt, auf dem zu lesen ist: „Deine Stimme für einen neues Bündnis für Arbeit“. Im Text selbst

heißt es: „In diesem Bundestagswahlkampf wartet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit einer Premiere auf. Noch nie zuvor hat er sich so intensiv in das Ringen um die Macht in Bonn eingeschaltet. Die Dachorganisation, die zwölf Einzelgewerkschaften mit 8,5 Millionen Mitgliedern umfaßt, läßt acht Millionen Mark springen. ...“ Ich halte die ganze Sache für einen blinden Aktionismus, der davon ablenken soll, daß die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Verfassung Teil des Modells Sozialdemokratismus - eines gesellschaftlichen Trabis - sind und eigentlich nichts zu sagen haben und daß von dem indirekt von ihnen favorisierten Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder eben nicht viel anderes zu erwarten ist als von Helmut Kohl. (Das ist keine Ab- sondern eine Bewertung!) Weder die SPD (in der sehr enge politische Freunde von mir Mitglied waren oder sind) noch ihr Kanzlerkandidat Schröder, der löblicher Weise nicht leugnet, was er als JUSO-Mitglied gedacht hat, haben Ideen entwickelt, wie wir zu einer wirklichen sozialen Marktwirtschaft mit Vollbeschäftigung kommen können. Schröder hat gelernt, was der Kapitalismus erfordert. Das weiß aber auch Kohl, sonst wäre er nicht so lange Kanzler (gewesen ?). Wenn Schröder sich keine Illusionen macht, dann wird er sich damit abgefunden haben, daß er unter den gegebenen Umständen eben nur den Vorstandsvorsitzenden des Reparaturbetriebes für Kapitalismus spielen kann, die Interessen der Arbeitnehmer müssen dabei zweit- oder dritrangig sein. „Bündnis für Arbeit“ ist ein eingängiger Spruch - mehr nicht. Der Abbau der Arbeitslosigkeit oder die Vollbeschäftigung hängt nicht davon ab, ob Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Vertreter der Bundesregierung miteinander sprechen oder gemeinsam Versprechungen machen, sondern von der Überwindung von Strukturfehlern in der Ökonomie, die ein biblisches Alter haben. Das Fatale an der Geschichte ist, daß ein wesentlicher Strukturfehler mit der Einführung des Euros in der jetzigen Form, festgeschrieben wird.

12.3 Die Unternehmer und ihre Verbände

Die Unternehmer und ihre Verbände, waren oder sind sie mit ihren Äußerungen eine Entscheidungshilfe? Die selbständigen und angestellten Unternehmer in den kleinen und mittleren Unternehmen sind viel zu sehr mit dem Existenzkampf der Unternehmen beschäftigt, als daß sie Zeit für Überlegungen zur Marktwirtschaft und Demokratie hätten. Sie sind in der Regel froh, wenn die von der Politik verursachten Belastungen sie nicht erdrücken. Ich halte sie weder für gute Ratgeber in Sachen Wahlen, noch für Garanten der Demokratie. Ich schätze, daß die Mehrheit die Politik Politik sein läßt, so lange ihr persönlicher Freiheitsraum nicht zu arg beschnitten wird. Die meisten Unternehmer haben ihre Rolle ja nicht inne als das Ergebnis

eines Bildungsprozesses ,der zur Selbständigkeit hin führt, sondern aus Familientradition oder aus wirtschaftlicher Not. Und für Manager wie den Daimler-Chef Jürgen Schrempp steht vor allen Fragen der Demokratie, der Wohlfahrt der Menschen die Frage, ob die erzielte Rendite den Aktionären hoch genug ist. Bildet ein Manager eine andere Rangfolge, ist er die längste Zeit Manager gewesen. Fragen der Ethik sind dann von Bedeutung, wenn sie die Rendite steigern. (Auch in dieser Formulierung steckt keine Polemik.) Da wird eine Fusion wie die von Daimler und Chrysler in den Medien als Fortschritt hingestellt, wo sie doch in Wirklichkeit eine Sabotage des marktwirtschaftlichen Wettbewerbes ist. Es ist das Gesetz des Kapitalismus, das sich in den zu beobachtenden Konzentrationsprozessen ausdrückt.

Neulich war zu lesen, daß die Wirtschaftsverbände und der Bundeswirtschaftsminister eine Stiftung zur Förderung des Verständnisses von Schülern für Belange der Wirtschaft gegründet haben. Am 15. 9. 98 war in der HAZ zu lesen, daß nach Ansicht des Bundesforschungsministers Jürgen Rüttgers Deutschland 500 000 neue Firmen braucht. Übersehen wird von der Politik und von den Verbänden, daß in unserer Gesellschaft die Unselbständigkeit und Unmündigkeit vorprogrammiert sind. Besonders im Bildungsbereich und im Sozialen Netz als Teil der Arbeitnehmerökonomie kommt das zum Tragen. Wo Kinder ihre Eltern noch als Selbständige erleben können, wird das eher als Bedrohung und als Entzug von Zuwendung empfunden und nicht als Lebensbereicherung. Die Gewerkschaften benötigen für ihr Selbstverständnis und ihre Existenz ohnmächtige Abhängige. Die Sozialpolitik benötigt hilfsbedürftige Bürger. Die Bildungspolitik braucht unmündige Eltern, die nicht wissen, was für ihre Kinder gut ist. Und die Arbeitgeber benötigen eben Arbeitnehmer nicht als gleichwertige Partner, sondern als willige Erfüllungsgehilfen, die gut für die Unternehmen, aber nicht für sich rechnen und bescheiden für das Plus der Investoren ihre Ansprüche zurückschrauben können. Ja, und die deutsche Rechtschreibung sollen sie besser beherrschen können als ihre Brötchengeber.

1986 habe ich ein Angebot der beruflichen Bildung für Arbeitslose mit dem Titel *Trainieren und Starten* formuliert. Es sollte Arbeitslosen den Weg in die Selbständigkeit ermöglichen. Ich bin damals von allen angesprochenen Vertretern öffentlicher Institutionen abgeblockt worden. Inzwischen hat sich das Szenario gewandelt. Man darf aber nicht die Schwierigkeiten auf dem Weg in die Selbständigkeit unterschätzen, die immer noch aus einer falschen Konditionierung der Menschen und aus einer fatalen Wirtschaftspolitik herrühren. Wen kann es eigentlich wundern, wenn dem abhängigen aber sicheren Arbeitsplatz in der Verwaltung der Vorrang vor einer unsicheren abreibenden Selbständigkeit gegeben wird?

Von den Verbandsfunktionären der Wirtschaft kommt keine zufriedenstellende Erklärung für die Pleitewelle der Unternehmen. Die HAZ meldet für das 1. Halbjahr 1998 17075 Insolvenzen in der BRD. Es wird immer so getan, als ob hinter jedem Konkurs eine unfähige Unternehmensleitung stünde. Der Hauptverursacher, die reale Wirtschaftspolitik - vertreten von der CDU/FDP-Koalition - wird nicht benannt. Wenn sich in einer solchen Situation die Verbandsprecher und -funktionäre erdreisten, indirekte Wahlempfehlungen für die regierende Koalition abzugeben, dann entspricht das Urteil „Die haben nicht alle Tassen im Schrank!“ einer gesunden Empfindung. „Von 1990 bis 1996 hätten 2 Millionen Menschen eine eigene Firma gegründet. Allerdings hätten gleichzeitig auch 1,6 Millionen - ... - ihre Selbständigkeit wieder aufgegeben.“ .. war am 17. 9. 98 in der HAZ zu lesen. 1,6 Millionen Enttäuschte, Frustrierte, die zum Teil die Zahl der Schuldklaven vermehrt haben, sind zu viel für eine positive Einschätzung von Marktwirtschaft und Demokratie. Solange der Begriff Marktwirtschaft von den Unternehmerverbänden als Schutzschild vor dem real existierenden, die Marktwirtschaft zersetzenden Kapitalismus gehalten wird, solange sie nicht selbst schlüssige Konzepte dafür erarbeiten, wie aus unserer Privilegienwirtschaft mit hohem zentralverwaltungswirtschaftlichen Anteil eine wahre dezentrale Volkswirtschaft - eine Wirtschaft für das Volk - wird, solange sind Unternehmer und ihre Verbandssprecher keine brauchbaren Berater in Sachen Wahlentscheidung.

13. Nietzsches Bedingungen für eine Demokratie und Brands Forderung nach mehr Demokratie

Ich füge zum Schluß einen Text von Friedrich Nietzsche aus *Menschlich, Allzumenschliches* ein. Ich fand ihn in dem Vierteljahresheft Nr. 348 „Das Gespräch aus der Ferne“ :

„Die Demokratie will möglichst Vielen U n a b h ä n g i g k e i t schaffen und verbürgen, Unabhängigkeit der Meinungen, der Lebensart und des Erwerbs. Dazu hat sie nöthig, sowohl den Besitzlosen als als den eigentlich Reichen das politische Stimmrecht abzusprechen: als den zwei unerlaubten Menschenklassen, an deren Beseitigung sie ständig arbeiten muss, weil Diese ihre Aufgabe immer wieder in Frage stellen. Ebenso muss sie Alles verhindern, was auf die Organisation von Parteien abzuzielen scheint. Denn die drei grossen Feinde der Unabhängigkeit in jenem dreifachen Sinne sind die Habenichtse, die Reichen und die Parteien. - Ich rede von der Demokratie als von etwas Kommendem. Das was schon jetzt so heisst, unterscheidet sich von den älteren Regierungsformen allein dadurch, dass es mit n e u e n P f e r d e n fährt:

die Strassen sind noch die alten, und die Räder sind auch noch die alten. - Ist die Gefahr bei diesen Fuhrwerken des Völkerwohles wirklich geringer geworden?“

„Laßt uns mehr Demokratie wagen!“ hat Willy Brandt zu Beginn seiner Kanzlerschaft einmal ausgerufen. Ein berechtigter Wunsch, eine Hoffnung eine gute Aufforderung, die auch tragiischerweise an seinem traditionellem, sozialdemokratischen Denken gescheitert ist. Die Aufforderung hat aber immer noch Gültigkeit, wenn sie nicht als das Mehrheitsdiktat der Unbetroffenen, sondern als das Mitwirkungsrecht der Betroffenen verstanden wird. Aber wenn ich den obigen Text von Nietzsche richtig lese, dann steht vor der Realisierung von *mehr Demokratie* auch die Überwindung der ökonomischen Ungleichgewichte in Bezug auf Einkommen und Vermögen. Dieses setzt eben nicht voraus, daß versucht wird die Ungleichheit in der Leistungsfähigkeit und ihre unterschiedliche Entlohnung aufzuheben, sondern die Einkommensströme, die auf Nichtleistung beruhen auszutrocknen. muß. Und vor der Realisierung von *mehr Demokratie* müssen die Machtballungen in Politik und Wirtschaft aufgelöst werden. Aber „grün ist der Wechsel“, der nicht eingelöst wird, weil er eben auch auf den Staatsintervenismus und nicht auf die Überwindung ökonomischer Strukturfehler ausgeschrieben wurde. Es ist ein Wechsel, der nicht das erreichen kann, was Nietzsche als Voraussetzung der Demokratie beschrieben hat.

14. Schlußbemerkungen

Der Text ist zu lang geworden. Das Thema aber noch lange nicht ausgeschöpft. Erreicht er seine Adressaten? In den Medien kommt es - nach Bekundungen von Medienmachern - nicht so sehr darauf an, was gesagt wird, als viel mehr darauf, wer was sagt - und sei es der größte Unsinn. Es kommt noch eine Eigenschaft von Kindern hinzu, die die Nachrichtenvermittler und die Konsumenten von Nachrichten offensichtlich nicht abgelegt haben: Kinder hören gerne immer wieder die gleichen Geschichten in denen ihnen vertraute Personen vorkommen. Nachrichten aus der Politik sind zu 90% die Kindergeschichten für Erwachsene. Es macht die Sachen für den Journalismus auch bequem: Man kennt die Gesichter, die Namen, die Denkgewohnheiten, die Quellen, man spart sich mühevolleres Erkennen und Beschreiben. Man kann mit Ikonen arbeiten. Alle Beteiligten fühlen sich gut bedient und haben nur wenig von dem mitbekommen, was ihren eingefahrenen Gedankengängen stören könnte. Auch würden sicher 9 von 10 Befragten einem Text wie dem vorliegenden keine Wirkung zu sprechen. Ich selber habe auch meine Zweifel dran. Wenn ich auf den „Dennoch-Schalter“ gedrückt habe und mich ge-

äußert habe, dann, weil mich der Vorwurf: „Auch Du hast geschwiegen!“ nicht treffen soll. Zu schelten bin ich dafür, daß ich ihn nicht schon am Beginn dieses Jahres formuliert habe.

Die Erde dreht sich weiter, egal wie die Wahl ausgeht, Wähler, Wahlhelfer und Kandidaten werden sich auf die neue Situation einstellen.

Ich beabsichtige am Wahlsonntag nach Bremen zu fahren um für den Volksentscheid „Mehr Demokratie in Bremen“ stimmen zu sammeln. T.A.

Grundgesetz Art. 146: Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Kommentar: Die freie Entscheidung des Volkes verhindern die staatstragenden Parteien, die Kanzlerkandidaten Schröder und Kohl.

Art. 21 Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. ...

Kommentar: Es steht dort nicht: Daß 4 oder 5 Parteien von rund 100 einen Monopol auf die Willensbildung, die sich im Bundestag konkretisiert, haben. Es ist von Mitwirkung die Rede und nicht vom Monopol, das faktisch besteht. Wo bleiben andere Formen der Mitwirkung, z.B. Abstimmungen (Art. 20/ 2)? T.A.

Die Zukunft der Ökonomie

Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsansätze im Vergleich
Diskussionsbeiträge im Anschluss an das Referat von Sigrid Matern-Rehm

aus: Loccumer Protokolle 15/84

Tristan A b r o m e i t , Neustadt

Im Programmkommentar von Dr. Jan Jarre heißt es u.a.: „Die Auswahl der hier vorgestellten Forschungsrichtungen erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.“

Er gibt dann der Hoffnung Ausdruck, daß andere theoretische Positionen, die dieses Mal nicht in Form eines eigenständigen Referates zum Zuge kommen, durch Befragen und Kommentieren der Referenten seitens der Tagungsteilnehmer eingebracht werden.

Dieser Aufforderung sind mehrere Vertreter der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule - die, soweit mir bekannt, an keiner Hochschule gelehrt wird, aber trotzdem lebendig und aussagekräftig ist - nachgekommen.

Nun ist es unmöglich, in kurzen Diskussionsbeiträgen in einer mit Referaten gefüllten Wochenendtagung eine konkurrierende Idee, eine opponierende Schule, vorzustellen. Ich für meine Person habe dies auch nicht versucht, sondern nur den Mit-Teilnehmern gesagt, auf welcher Grundloge ich meine Beiträge leiste.

Das Thema der Tagung „Die Zukunft der Ökonomie“ drückt ja indirekt eine Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Ökonomietheorie und -praxis aus. Da ich davon überzeugt bin, daß zwischen der ökonomischen Theorie und den realen ökonomischen Zuständen und Erscheinungen ein Zusammenhang besteht, zielten meine Fragen und Hinweise darauf hin, herauszufinden, wo die Ursachen für die geringe Leistungsfähigkeit der theoretischen Ökonomie vermutet werden, ob den einflußreichen Ökonomen bewußt ist, welche Wirkungen ihre Lehren und politischen Empfehlungen haben und ich habe indirekt gefragt, ob die Ökonomen eine neue Ethik brauchen.

Um die mangelnde Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaft zu verdeutlichen und herauszufinden, wie die künftige Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaften durch die Öko-

nomen eingeschätzt wird, habe ich die Mondlandung als Leistung der Natur- und Ingenieurwissenschaft hingestellt und die Auflösung des magischen Drei-, Vier- oder Fünfeckes als eine entsprechende Leistung der Ökonomen. Dieses Beispiel wurde immer wieder aufgegriffen, aber kein Referent oder Diskutant mochte bekennen, daß den Ökonomen die Mondlandung möglich wäre. Dabei mußte eigentlich klar sein, da ich auf der Basis einer genannten Schule argumentierte, daß ich die Mondlandung der Ökonomen für möglich halte. Und für Ökonomen, die noch ein Gespür für ihre Verantwortlichkeit oder für jene, die noch einen Funken von Forschergeist in sich haben, gilt es herauszufinden, ob hinter einer solchen Einschätzung verwertbare Erkenntnisse oder prahlerische Anmaßung steht.

In der Podiumsdiskussion wies Prof. Rudolf Hickel nicht ohne Stolz in der Stimme darauf hin, daß die Alternativgutachter auch ohne gesetzgeberische Weihen und staatlicher Finanzierung gute Arbeit leisten. Prof. Ernst Helmstädter (Mitglied des Sachverständigenrates) konterte mit dem Hinweis, daß die Alternativgutachter ja auch Beamte seien und den Hochschulapparat zur Verfügung hätten. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Vertreter der Freiwirtschaftsschule ihre Arbeit völlig ohne öffentliche Mittel und oft im Widerstand gegen den offiziellen Wissenschaftsbetrieb geleistet haben und als Dank Spott und Hohn geerntet haben.

Prof. Kurt Rothschild wies zwar darauf hin, daß etablierte Ökonomen auch um die Anerkennung ihrer Erkenntnisse und Lehren kämpfen müßten, gestand aber zu, daß die Freiwirtschaftsschule unter erheblich schwierigeren Bedingungen arbeiten müßte.

Mit diesen Aussagen von Betroffenen wurde m.E. auf eine wichtige Ursache für mangelnde Effizienz der Ökonomen hingewiesen. Freiheitlich orientierte Ökonomen weisen doch immer wieder auf den Wettbewerb als Stimulansmittel von Leistung hin. Definitionsmerkmale von Wettbewerb sind aber die Freiwilligkeit der Teilnahme, die Chancengleichheit und die Fremdbeurteilung der erbrachten Leistung. Ich denke, daß es in diesem Punkt viel zu analysieren und in bezug auf die Verfassung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften viel zu reformieren gibt.

So wie es sich mit vollem Bauch gut über den Hunger diskutieren läßt, so lassen sich auch leicht aus Professoren-Wohlhabenheit heraus wirtschaftspolitische Maßnahmen empfehlen, die zu Lasten anderer gehen. Im Rausch der großen Zahl und bei der Griffigkeit oder verhüllender Abstraktheit wirtschaftspolitischer Empfehlungen wird häufig vergessen, daß jeder Prozent-

punkt bei den Zinsen, Steuern, den Zwangsversicherungen und der Inflation nach oben oder unten die materielle Basis der einzelnen Menschen berührt wird Die Vorgänge in diesen Bereichen haben oft den Charakter von Diebstahl, Raub und Entmündigung.

Helmut Creutz hat dieses mit eindrucksvollen Tabellen in der Arbeitsgruppe belegt. Und ich habe an Helmstädter gewandt gesagt: Wenn die Zinsen für die Eigenheimfinanzierung die Höhe der Arbeitslosenhilfe erreichen und man keine Möglichkeit hat, sich über die Runden zu mogneln, dann bleibt einem nur der Strick oder der Weg in den Terrorismus, denn nicht einmal verkaufen können die Betroffenen in der jetzigen Wirtschaftslage ihre Häuser. Ich habe in diesem Zusammenhang gesagt, daß es für mich keine Erleichterung wäre, daß ich die Zinsen an die BFG zahlen müßte. Dies sollte kein Seitenhieb auf Gewerkschaften und ihre Unternehmen sein, sondern signalisieren, daß ich Problemlösungsansätze gemeinwirtschaftlicher oder genossenschaftlicher Art in bezug auf den Zins nicht sehe. Und die Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Bankensystemes bringt auch nichts als weitere Probleme.

Um zu verdeutlichen, daß ich nicht einseitig Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberinteressen vertrete, habe ich an einer Stelle gesagt, daß ich als jetziger Erwerbsloser ein potentieller Arbeitnehmer oder Unternehmer sei. Daß dieses nicht Rollenfixiertsein Verwunderung auslöste, ist nicht mehr verwunderlich wenn man die Unklarheiten im Gebrauch der Begriffe von Kapital und Arbeit, von Arbeitnehmer und Unternehmer berücksichtigt. Es löst bei Funktionären der Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerorganisationen existenzielle Ängste aus, wenn sie sich Arbeitnehmer und Unternehmer als nicht rollenfixiert vorstellen sollen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einer als frei gedachten Gesellschaft wäre.

Weil in der Regel weder die marxistischen noch die bürgerlichen Ökonomen eine realitätsnahe Kapitalismusanalyse haben, können sie auch nicht sehen, daß Arbeitnehmer und Unternehmer meistens (vom funktionslosen Investor) ausgebeutete Ausbeuter sind. Ausbeuter sind sie insofern, weil für ihr Kapital beide Gruppen eine Rendite verlangen. Und in bezug auf Ausbeutung besteht zwischen einem Sparbuch von DM 5000 und einer Produktionsanlage von 50 000 nur ein quantitativer und kein qualitativer Unterschied. Der Zins, die Rendite oder Kapitalertrag geht in jedem Fall zu Lasten des Arbeitsertrages. Da ober trotz gegenteiliger Behauptungen nur der Mensch im ökonomischen Sinn arbeitet, liegt hier eine Ursache für soziale Unruhen. Die kleinen Kapitalisten arbeiten gegen die eigenen Interessen, wenn sie das Zinssys-

tem stützen, da sie in allen Preisen Zintribut an andere Kapitalisten leisten. Helmut Creutz hat errechnet, daß ein Haushalt etwa über das Vier- bis Fünffache seiner jährlichen Ausgaben als zinsbringendes Kapital verfügen muß, wenn er nicht mehr zu den Verlierern dieses bösen Renditespiels gehören will, das auch eine der Ursachen für die ökologischen Fehlentwicklungen ist. Alle diejenigen, deren Kapitalmasse jenseits dieser Grenze liegt - und das sind etwa 10 bis 12 % der Haushalte - gehören zu den Gewinnern und werden also ohne Mühe immer reicher.

Hier wird nun nicht für eine marxistische Sozialismuslösung argumentiert, sondern für die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Es ist auch nicht so, daß diejenigen böse sind, die Geld gegen Zinsen Verleihen, genausowenig wie diejenigen, die Subventionen oder die Sozialversicherungen nutzen, sondern unverantwortlich handeln jene, die aus theoretischer Rechtshaberei oder aus einem Machtstreben heraus untaugliche Instrumente und Strukturen im sozialökonomischen Bereich stützen und bessere Lösungen verhindern.

Es ist meines Erachtens eine viel zu wenig beachtete Tatsache, daß herrschende, entthronte und auch untaugliche Theorien laufend Bewußtseinsspaltungen im rechtlich-ethischen Bereich der Menschen hervorrufen. Z.B.: Weil die die Realität prägenden Theorien keine sanften und ehrlichen Konfliktlösungsstrategien bei der Ausbalancierung der zum Teil gegensätzlichen Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entwickelt haben, dürfen Streik und Aussperrung nicht mehr als das bezeichnet werden, was sie sind, nämlich Erpressung, Nötigung und Vertragsbruch, Instrumente des kalten Bürgerkrieges.

Eine Ökonomie, die Ehrlichkeit bei der Ausfüllung von Arbeitslosenhilfeanträgen ect. oder bei der Abgabe von Steuererklärungen zu einer Narretei degradiert, ist unmoralisch und gemeinschaftszerstörend.

Eine Ökonomie, die Wirtschaftsbürgern keine Wohlmöglichkeit bei der Erwerbsarbeit und die es zum Glücksfall werden läßt, ob der Erwerbstätige seine Arbeit in Übereinstimmung mit seinen Wertvorstellungen leisten kann, die zudem einem Teil der Bürger keine Erwerbsmöglichkeit gibt, diese z.T. sogar zu Bettlern macht (Der Status und die materielle Ausstattung von Sozialhilfeempfängern ist nicht wesentlich besser.), ist demütigend, entmündigend einfach verfassungswidrig.

Sicher ist es falsch, alle Schuld an den desolaten Zuständen des Bereiches unserer Gesellschaft, den wir Wirtschaft nennen, den Ökonomietheoretikern zuzuweisen, zumal nicht auszumachen ist, ob die Verwirrung in der Ökonomie durch Erkenntnismangel oder auf gezielte Desinformation beruht. Die Ökonomen haben sich aber zu ihrem Teil an der Gesamtschuld zu bekennen, wenn sie sich als erwachsene Menschen, als sittliche Wesen verstehen.

Prof. Johan Galtung hat aufgezeigt, wie die Ökonomen mit Hilfe der Philosophie und der Beschäftigung mit anderen Kulturen die notwendige Distanz zur eigenen Wissenschaft bekommen können, und wie man sich davor bewahrt, Alibitheorien für die Ansprüche der Mächtigen und die politischen Fehlleistungen von Demokraten zu produzieren.

Ich habe Frau Sigrid Matern-Rehm nach ihrem Referat gefragt, ob die Fähigkeit zum Wandel der Wirtschaftswissenschaft einem Wunschdenken entspricht. Wenn nicht: Was muß geschehen, damit der Wandel eintritt und von Dauer ist.

Sicher hilft es dem Ökonomen weiter, wenn sie der Empfehlung Poppers folgen und nicht mehr ihre eigenen Theorien verteidigen, sondern sie selber angreifen.

Ich habe gefragt, wie wir es schaffen, die Demut des Wirtschaftswissenschaftlers zu belohnen, denn sie scheint mir eine bessere Voraussetzung für die Qualität ihrer Arbeit zu sein als die Eitelkeit und der Hochmut.

Sicher können Ökonomen bei der Entwicklung von Methoden, die die Fallstricke im Erkenntnisprozeß besser erkennbar machen, mitwirken. Auch könnten es Ökonomen zur Ehrensache erklären, daß die Voraussetzung für den Zugang zur Lehre und Forschung eine vielseitige Praxiserfahrung ist, und daß die Verbindung zur praktischen Ökonomie später nicht total unterbrochen wird.

Nur den Beamtenstatus - als Möglichkeit völlig am Bedarf der Studenten und der Bürger außerhalb der Hochschulen vorbeizuproduzieren - wird man ihnen von außen nehmen müssen, denn ein freiwilliger Verzicht wäre wohl eine menschliche Überforderung.

Der Gottesbegriff hat, wie jede menschliche Vorstellung, seine Geschichte, und ich will damit anfangen, eine besonders großartige, welthistorische Szene vor Ihr inneres Auge hinzustellen, eine der bedeutsamsten Szenen der Weltgeschichte überhaupt. Der Schauplatz ist Athen und die Zeit das erste nachchristliche Jahrhundert.

Versuchen wir das Athen dieser Zeit uns einmal recht deutlich und sinnlich vor dem inneren Auge aufzubauen. Da ist zuerst die Stadt, die damals so viele edelste Architektur und eine so unabsehbare Fülle herrlichster Plastik in sich barg, daß noch heute jedem, der von diesen Künsten nur etwas zu empfinden vermag, als höchster Wunsch seiner Träume erscheinen kann, er stände einmal auf dem Berg, von dem man Athen übersah, auf der Akropolis mit ihrem Athenatempel, und seine Augen überflögen einmal alle jene Herrlichkeiten, Ueber die Stadt zu seinen Füßen schweift der Blick hinaus über Oliven und Weingärten bis an das blaue Meer, und was er erschaut, ist überstrahlt von einer Sonne, die glänzender in jenen Gegenden alles Irdische vergoldet als hier bei uns zu Lande. So ist der Schauplatz beschaffen. Und

nun tritt mitten auf diesen Schauplatz ein jüdischer Rabbiner. Der Mann hat zwar seine zwei Augen im Kopfe, aber von dem Standpunkt der griechischen Bildung darf man sagen, er ist beinahe blind. Alle die Herrlichkeiten, die fürs Auge dort versammelt sind, die erkennt er nicht, und wenn er sie sieht, so sieht er sie höchstens mit dem Blicke des Hasses oder der Verachtung. Und dennoch steht er vor diesen griechischen Männern, die ihm zuhören, mit dem wunderbarsten Vertrauen. Er sagt ihnen, er habe ihnen etwas zu geben, das sie alle noch nicht kannten und nicht besäßen, er habe einen Altar in ihrer Stadt gefunden, auf dem gestanden hätte, „dem unbekanntem Gotte!“ und, diesen unbekanntem Gott brächte er ihnen zu, über diesen wolle er sie belehren.

Nun, wir wissen es alle, welchen Weg die Weltgeschichte seit jener merkwürdigen Szene gegangen ist. Die griechischen Götter und ihre marmorne Herrlichkeit, sie sind versunken, und der unbekanntem Gott, den dieser jüdische Rabbiner zu lehren hatte, er hat seinen Siegeszug angetreten durch Europa, ja durch die ganze Welt. Der Galiläer hat gesiegt!

Wie und mit welchem Gefühle werden wir jene Szene in Athen beurteilen? Werden wir wirklich zugeben, daß die Griechen an ihren Götterbildern nur lauter Götzen gehabt hätten, und daß jener Rabbiner ganz allein die wahre Frömmigkeit, die wahre Erkenntnis Gottes gehabt habe? Wir werden das verneinen; ja wir kommen sogar bei genauer Prüfung zu einem sehr anderen Resultat. Wir wagen es zu behaupten, die Griechen waren die erste, und man kann sagen bis jetzt die einzige Nation, welche versucht hat, als Nation eine einzige große,

freie und religiöse Gemeinde zu bilden.

Die Griechen haben der Menschheit vieles erobert und als Geschenk hinterlassen: sie 'haben zum erstenmal das freie Menschentum, die freie Persönlichkeit entdeckt und verwirklicht. Deshalb wird auch niemand einfallen, zu bestreiten, daß wir ein Recht haben, die Griechen eine freie Nation zu nennen; a b e r a u c h r e l i g i ö s? So wenig an ihrer Freiheit gezweifelt wird, so wenig ist bisher von ihrer Frömmigkeit die Rede gewesen. Daß die Griechen auch religiös, auch fromm waren, das haben zwar zu verschiedenen Zeiten die edelsten Menschen immer gewußt oder ahnend gefühlt, doch mit klarer Erkenntnis hat unsere Wissenschaft von den Griechen erst in dem letzten Menschenalter zu begreifen angefangen, daß eine echte und tiefe Religiosität im alten Griechenland heimisch gewesen sei. Wir hören und reden freilich noch heute auf unsern Schulen von den Göttern und aller Mythologie der Griechen nicht viel anders, als ob dies alles nur ein Fabulieren, nur eine Art von phantasievoller, fröhlicher Spielerei gewesen wäre, und dann erscheinen natürlich auch die Götterbilder nur als Spielereien einer dichterisch und plastisch hervorragend begabten Nation.

In Wahrheit waren den Griechen ihre Götterbilder weder Spielerei noch Götzenbilder, sondern sie waren die sichtbaren Ideale der Nation. Jede Macht (sei es in der Natur draußen oder in der Natur drinnen im Menschen), die die Griechen als wirklich, d. h. als irgendwie wirksam empfanden oder erkannten, erweckte ihre Ehrfurcht und, was ihre Ehrfurcht erweckte, das nannten sie Gott.

So kamen sie zu zahllosen Göttern. In dieser Vielgötterei war aber echte Religion, weil echte Ehrfurcht.

Ich sehe hier von den Göttern, die Himmel, Erde, Meer oder sonst äußere Naturmächte bedeuteten, ganz ab und nehme meine Beispiele aus der inneren seelischen Welt der Menschen.

Welche feinste psychologische Entdeckerarbeit haben die Griechen hier geleistet. Alle Grundkräfte und Hauptrichtungen menschlichen Fühlens und Strebens haben sie erkannt und isoliert und daraus jene Typen von Menschentum geschaffen, jene typischen Persönlichkeiten, die schon in Homers Menschengestalten als ewig gültige, d. h. typische Charakterbilder in unvergänglicher Frische vor uns stehen: Achill, Odysseus, Helena, Penelope usw. In Homers Göttergestalten sind diese rein gesehene Typen ins Ueermenschliche erhöht, zu Idealbildern geworden, und die griechische Plastik hat diesen höchsten Idealen des Menschentums Sichtbarkeit verliehen. Hier ist von Anfang an bis zum Ende Frömmigkeit am Schaffen beteiligt. Wir dürfen sagen: Ideale zu schaffen, ist die höchste Frömmigkeit des Künstlers; ihnen nachzuleben, ist die höchste Frömmigkeit des Menschen. Und die Griechen haben viele Menschen-

alter hindurch nichts anderem nachgelebt, als diesen ihren von ihnen selbst erschaffenen Menschenidealen.

Dabei vergesse ich keineswegs, daß auch in dem Bild des Griechentums tiefe Schatten nicht fehlen. Die griechischen Staaten waren nur bis zu einem gewissen Grade demokratisch und auf bürgerliche Freiheit gegründet. Unter dem freien Bürgertum stand noch eine große Herde von Sklaven, und die Griechen sind bis zu dem Gedanken, die Sklaverei zu überwinden, nicht fortgeschritten. Wir haben seitdem gelernt, unter einem freien Staat nur einen solchen Staat, zu verstehen, in dem alle Menschen gleich frei sind und gleich vor der Möglichkeit, an der freien Kultur teilzunehmen. Aber jener Rabbiner hatte auch nicht völlig Unrecht, als er zu seiner Zeit die Griechen schalt, denn damals waren sie von ihrer Größe bereits tief herabgesunken; sie waren damals in der Tat Götzendiener geworden, freilich nicht in dem Sinne, daß sie nun angefangen hätten, ihre innerlichen Götterideale mit jenen Marmorbildern direkt zu verwechseln; solch ein roher, heidnischer Götzendienst war unter den Griechen niemals möglich. Aber sie waren damals moralisch entartet, sie waren Götzendiener geworden jeder Eitelkeit, jedes Leichtsinns, menschlicher Schwäche und jeder Genußsucht. Politisch waren sie in kurzer Zeit zugrunde gegangen, weil sie sich nicht hatten entwickeln können zu einem sozialen Ideal und zu einem großen nationalen Staat.

Und zugleich mit dem politischen Verfall waren alle jene sittlichen Schäden bei ihnen eingekehrt, welche immer die Begleiter der Ohnmacht sind, so daß sie bald wegen ihrer Charakterlosigkeit und zierlich eleganten Schwatzhaftigkeit zum Gespött stärkerer Völker geworden waren. Die religiöse Kraft, die einst ein so wundervolles, reiches, ideales Leben in der Nation und aus ihr erzeugt hatte, war erloschen, und damit war dieser Wald von Statuen gleichsam entseelt. Und nun kam Paulus, denn so hieß dieser jüdische Rabbiner, und sprach vor diesem unreligiös gewordenen Volke von dem „unbekannten Gotte“. Er hat mit diesem Wort tatsächlich etwas ausgesprochen, wovon seitdem alle Religiosität in der Geschichte der Menschheit gelebt hat und noch heute lebt. Ja, auch bevor er sie aussprach, hat alle Religiosität der Menschheit von dieser Tatsache gelebt, der Tatsache nämlich, daß das Höchste, was Menschen verehren können, in ihnen selber gelegen sei als eine unsichtbare und für ihre Begriffe unfaßbare Macht, eine Gottheit, zu deren Wesen es gehört, daß sie den Menschen unbekannt bleibt. Der unbekannt Gott ist die ewig geheimnisvolle, im Menschen wirkende Macht, kraft deren er lebt, körperlich und vor allem geistig lebt, jene Macht, von der er nicht weiß, von wannen sie kommt und wohin sie geht, die aber sein Leben trägt und hält, solange es dauert, die er sich selber nicht erschaffen, sondern an der er nur weiter schaffen kann, die

Macht, der er verdankt, daß sein Blut rollt und seine Lungen atmen, und durch die er zugleich seine höchsten Gedanken, sowie die Kraft zu seinen edelsten Gefühlen und größten Taten geschenkt erhält.

Es war noch ein Höherer als Paulus, in dessen Auftrage er gleichsam damals zu den Griechen sprach. Er war nur das Sprachrohr. Jesus, der arme jüdische Zimmermannssohn aus Galiläa, der größte Philosoph, den die Erde trug, den wir Maurer so hoch verehren, daß wir ihm den Beinamen „Meister von Nazareth“ gaben; Jesus, zu dessen Ehren auf dem ganzen Erdenrunde an jedem Sonntag viele tausend Glocken geläutet werden, und der seit nun bald 1700 Jahren von vielen Millionen als „Ideal“, als Gott angebetet wird, der ist es gewesen, der diesen tiefsten religiösen Gedanken der Menschheit gefunden hat. Auch er konnte diesen Gedanken nicht mit Worten und Begriffen fassen, nur in Bildern und Gleichnissen hat er von ihm gesprochen. Er fühlte gegen die innere Macht, die ihn trug, die ihn leben, fühlen und denken ließ, einen so zarten Dank, daß er sie „Vater“ nannte, und wenn er von der Herrlichkeit dieser inneren Macht den andern Menschen reden wollte, so vermochte er, gleichwie in der Freimaurerei, wiederum nur zum Gleichnis zu greifen: er sagte ihnen dann: Das Himmelreich ist in Euch. Diesen Jesus nun haben bis auf den heutigen Tag alle Sprachen und viele Millionen Menschen seine tiefsinnige Entdeckung nachgesprochen; auch in dem Liede finden wir seinen Gedanken wieder:

Willst Du den wahren Himmel finden,

So such' ihn in der eignen Brust. —

Das Wort Jesu war Ja zunächst an Juden gerichtet gewesen; von den Griechen darf man sagen, ihnen sei dieser Gedanke schon früher nicht fremd gewesen; schon 500 Jahre vor Christus hatte Heraklit die Griechen gelehrt, das Ethos, d. h. Das innere Gesetz im Menschen, sei des Menschen eigentlichster Gott. Aber in der Person Jesu steht doch zum erstenmal in der Weltgeschichte ein Mensch mit klarem Bewußtsein und tiefster Andacht vor dem innerlichen Wunder der Menschenseele. Heraklits Frömmigkeit, von der wir nur ein dunkles, durch wenige Blitze erleuchtetes Bild überkommen haben, war jedenfalls auch in seiner Zeit nicht verstanden worden. Jesus aber lehrte die Menschheit so, daß sie es nicht mehr vergessen konnte, die Ehrfurcht vor der innerlichen lebendigen Kraft in der menschlichen Seele, und diese Ehrfurcht ward ihm, und seitdem uns, zum Inbegriff aller Frömmigkeit. Indem Jesus anbetend stand vor jenem großen innerlichen Geheimnis, wies er das Griechentum eigentlich nur zu seiner eigentlichen Quelle zurück, aber er führte doch zugleich die Menschheit auch über das Griechentum hinaus. Er hätte zu den Griechen etwa gesagt: Nicht die Götter, die Homer

erschaut, und besungen, nicht die Marmorbilder, die Phidias Euch gemeißelt, sind das Höchste zu verehrende, sondern der eine große unbekannte Gott, der Euerm Homer und Euerm Phidias die Seelen verlieh, so daß sie schaffen konnten, was sie geschaffen haben. Ueber Euern Göttern stellt noch des Menschen schallender Geist, über diesem Geiste steht der Vater alles geistigen Wesens, der unbekannte Gott, der Gott in der Menschenseele. Niemals wieder hat ein Mann mit solcher Sicherheit und solcher Schlichtheit auf den Wert dieser innerlichen Gottheit hingewiesen, wie Jesus. Auch Plato hat lange vor Jesus Jesus-ähnliche Gedanken gedacht und geäußert. Er hatte in gelehrter Weise geforscht und gefragt, was gut und böse sei: Jesus sagte ganz ungelehrt: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst. Plato hatte einen langen Beweis dafür erbracht, daß Unrecht leiden besser sei, als Unrecht tun: Jesus fragte ganz schlicht: Was nutzte es mir, wenn ich die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an meiner Seele? Die Antwort versteht sich für Jesus ganz von selbst, weil er solche Andacht hegt, gegen die Seele, weil er solch sicheres Wissen besitzt über das, was ihr wohl tut und was ihr ein Schaden ist. Alle seine Ehrfurcht und Andacht gilt ja nur diesem innerlichen Gott. Jene Kraft des Menschen, zu wissen, was edel ist und dazu die Kraft zu schaffen, was edel ist, ist auch uns unser Gott. Nur müssen wir begreifen, daß zwischen diesem innerlichen Gott und den griechischen Göttern kein Gegensatz ist, wie zwischen wahren Gott und Götzen, sondern daß sich die griechischen Götter zu jenem unbekanntem Gotte in der Tiefe der Menschenseele verhalten, wie die Blüten am Baume zur Wurzel des Baumes. Die Griechen erschufen Götter aus ihr naiven Religiösität; Jesus wies auf die Wurzel dieses Schaffens, erschuf damit die bewußte Religion. Wie unendlich vieles mit dieser Wendung von außen nach innen gewonnen war, das vermag ich heute an dieser Stelle nicht auszuführen. Jene Fähigkeit, ins Innere der Menschenseele zu Blicken, ist es, aus der die Überwindung aller Selbstsucht erwächst. Wenn der Blick für das Innerliche einmal da ist, dann ist alles Leid, das andere Menschen erleben, uns durchsichtig geworden, dann stellt sich das Mitleid ein und noch mehr als Mitleid, jene höchste Form, in der der innerliche Gott sich je im Herzen offenbaren kann, die L i e b e, die uns das Innenleben in einer fremden Brust mit größerem Entzücken betrachten und bewundern läßt, als wir je eine schönste Blume entzückt betrachteten oder bewunderten. Aus Mitleid und Liebe erwachsen dann erst jene neuen, sozialen Ideale, von denen ich andeutend schon vorhin gesprochen habe, die dem Griechentum fehlten, und die oben die Ideale der Zukunft für uns sind. All das war nicht unmittelbar gegeben, aber es war eingeleitet dadurch, daß Jesus mit Bewußtsein den Blick der Menschen von außen nach innen richtete. Es ist menschlich und es war unvermeidlich, daß mit jener Richtung, die Jesus der Menschheit gab, zunächst auf Jahr-

tausende auch vieles verloren ging, was das Griechentum besaß, vor allem die reine, fromme Andacht gegen das äußerlich Schöne und Anmutige des Lebens. Die Freimaurer werden diesen Besitz des Griechentums zurückerobern, ohne das Erbe des Meisters von Nazareth zu verlieren.

Ich gebe nur noch in wenigen Worten einen Ueberblick über die Geschichte seit jener welthistorischen Szene in Athen bis auf unsere Tage. Schon jener Rabbiner Paulus war nicht imstande gewesen, das Wort Jesu rein zu empfangen und weiterzugeben, schon er vermischte es mit gewaltsamen, wiederum zu Aeüßerlichkeiten, zu Dogmen und starren Formen führenden eigenen Gedanken; Dann erwuchs die große, allmählich die halbe Welt erobernde K i r c h e. In dieser wurde Jesu Lehre mehr und mehr überwuchert von äußerlichem Kultus und von Zeremonien. Damit hielt eine neue Art Götzendienst seinen Einzug, von vielen ändern, noch böseren Ereignissen in dieser Kirche zu schweigen. - Der unbekannte Gott, den Jesus gemeint hatte, war um das Jahr 1500 aus der Kirche fast völlig verloren.

Damals ist es einem großen und leidenschaftlichen deutschen Manne gelungen, ihn bis zu einem gewissen Grade wieder neu zu entdecken und zu erwecken.

Dr. Martin L u t h e r setzte dem Kultus des Aeüßerlichen der katholischen Kirche das heilige Wort, also wiederum dem Aeüßerlichen etwas Innerliches gegenüber; durch ihn wurde der unbekannte Gott zum zweiten Male gerettet. Doch wir wissen auch, wie schlimm es besonders mit Luthers Erbe in der Weltgeschichte gegangen ist. Die protestantischen Kirchen durften allmählich am Wortdienst verknöchern.

Diese beiden großen sog. christlichen Organisationen leiden unter dem Zwang der ihnen von sich selbst auferlegten Dogmen ohne die sie nicht glauben auskommen zu können. Die Religionskriege, einst so blutig und heute noch verheerend in ihren politischen und familiären Beziehungen, zeugen davon, daß die hehren Worte Jesu zwar auf dem Papier stehen, nicht aber voll in die Herzen der Menschen eingedrungen sind.

Angewidert von diesen Konfessionsstreitigkeiten vereinigten sich deshalb anfangs des 18. Jahrhunderts in England freie und kluge Männer, um die höchste, die Kgl. Kunst zu lehren, wie ohne Dogmen die Freiheit des Geistes mit Religiosität zu vereinbaren ist. So entstand die Freimaurerei, nicht als eine regierende Macht nach außen, wie sie von Uebelwollenden verschrien wird, sondern als eine Bauhütte, eine Werkstatt, in der jeder Einzelne für sich lernen kann und soll, daß der G. B. a. W. in ihm lebt, und daß der Mensch, das Ebenbild Gottes, allzeit an sich - an dem rauhen Stein - zu arbeiten hat, um seinem Schöpfer einst einen cubus als Dank zurückgeben zu können.

So will ich denn alles bisher Gesagte in die Worte zusammenfassen: Der unbekannte Gott ist in jedem Zeitalter immer wieder aufs neue in Gefahr, verloren und vergessen zu werden; er muß in jedem Zeitalter aufs neue entdeckt und gerettet werden; so auch in dem unsrigen.

Ja, in jeder Stufe des Lebens und in jeder Arbeit des Alltags rührt er uns an mit seinem unhörbaren, aber doch vernehmlichen Fordern, und das eben ist das Göttliche in uns, daß wir verstehen können, was jene geheimnisvolle, göttliche Macht in uns fordert, und wohin sie uns ziehen will!

Die Freimaurer könnten in dem Leben der Gegenwart das eigentliche Salz der Erde sein. In der Loge ist der Versuch noch möglich, zugleich frei und religiös zu sein. Rings um uns leben Menschen, die entweder nur frei sein wollen oder nur Sklaven irgend einer frommen Tradition. Frei sein und zugleich religiös sein, ist vielleicht die höchste Aufgabe, welche Menschen lösen können, denn dabei wird von ihnen gefordert, daß sie zwei große Gegensätze gleichsam durch einen einzigen schönen, harmonischen Bogen überwölben. Die Freimaurerei aber sollte sich diese Königliche Kunst als ihre Aufgabe einzig und allein wählen und suchen sie zu erfüllen.

Um dieses Zieles willen könnte die Maurerei zu den wertvollsten Erscheinungen im gegenwärtigen Leben gehören: diese Brücke zwischen Freiheit und Religiosität zu schlagen, sei das Bauwerk, dem wir alle unsern Geist und Scharfsinn widmen wollen.

Diejenigen aber, die unsere Kunst nicht kennen lernen wollen, mögen uns immerhin als unscheinbare, veraltete Phantasten ansehen. Aber diese Unscheinbarkeit ist für das innere Auge ohne Bedeutung oder gar nicht vorhanden: denn - wie ich heute zu zeigen versuchte - es gehören zu uns, zu den Freimauern, die alten Griechen, solange sie noch an ihren großen Idealen schöpferisch tätig waren, der Meister von Nazareth gehört zu uns, und es gehörten und gehören zu uns die edelsten Geister der Menschen aus allen Völkern und Zeiten, denn diese Edelsten - gleichviel, ob mit oder ohne Schurz - sind immer bemüht gewesen, den großen Gegensatz zwischen Freiheit und Religiosität in sich zu überbrücken.

Darin bestand ihre Größe!

xxxxxx

(Abschrift von einer Kopie der Originalschrift (Heftung und Rand sind sichtbar.) Wann und woher ich die Kopie erhalten habe, weiß ich nicht mehr. T.A.)

Biographische Notiz des Verfassers

Was soll man von sich berichten?

Bei Angaben zur eigenen Person läuft man Gefahr, nichtssagend zu bleiben oder sich in eitlen Ausschweifungen zu verlieren. Jene persönlichen Fakten und Daten auszuwählen, die der Leserin, dem Leser eine Hilfe zum Textverständnis sind, scheint mir gar nicht leicht zu sein. Bevor ich mich an einen Versuch heranmache, will ich die Einleitung von Joachim Fernau²⁷ aus seinem Buch „Sprechen wir über Preußen“, 1981, wiedergeben, weil er das Gemeinsame der Biographien der Deutschen - und darüber hinaus - anspricht.

Sprechen wir über Preußen

Das hat Zeit, das läuft uns nicht weg. Sprechen wir zunächst von etwas anderem.

Ich habe mir nie Illusionen über das Gehirn der Menschheit gemacht. Ich weiß, daß man durchaus zum Mond fliegen kann, ohne zu wissen, wer Hölderlin ist, und ich weiß, daß der Mensch die Computer-Erfindung zu machen imstande war, ohne seiner geradezu furchterregenden Blindheit und Ratlosigkeit Herr zu werden. Mit einem Wort: Ich weiß, daß der Einzelne bewundernswert sein kann und das Menschengeschlecht ein Brechmittel ist.

Wir werden einzeln und als einzige geboren, und wir sterben einzeln und als einzige. Nun ist aber nicht zu leugnen, daß sich die Menschen zu einer gigantischen Herde ausgewachsen haben; sie krabbelt vor unserer Tür, sie wimmelt in den Städten, sie überzieht das Land, sie krabbelt über der ganzen Erde. Es ist etwas entstanden, was niemand abschütteln kann, ohne gestraft zu werden: die Ketten der Gemeinschaft.

Was will die Gemeinschaft Fundamentales? Ich weiß es nicht. Wenn Sie das heutige Gequatsche beiseite lassen, nichts. Jedenfalls kann ich nichts Fundamentales entdecken.

Ich sehe die Menschen weiter essen, trinken, arbeiten, schlafen, als Einzelne. So ist es doch! Essen, trinken, kleiden, lieben, schlafen, sterben. Das ist das Fundamentale. Das ist Existenz, das ist die Lebensbasis. Oder? Das gibt die Erde her für den Einzelnen. Kommt etwas anderes heraus, wenn man es mit hunderttausend oder einer Million oder einer Milliarde multipliziert?

Das Fürchterliche ist: Ja, es kommt etwas anderes heraus. Heraus kommen neue Eigenschaften, irrealer Ziele, Rasseninstinkte, Nationalcharakter/ Volksseele, Generationenkampf, Klassenbewußtsein. Das waren nicht Eigenschaften des Einzelnen, das sind Eigenschaften, die der Multiplikator gebiert; das sind Sachen, nach denen die Gemeinschaft stinkt. In diesen Gestank ist der Einzelne eingebettet. Er ist die Ursache, aber er kann nichts dafür, er hat es einst nicht gewollt.

²⁷ Mir war der Autor bisher unbekannt, obwohl dieser Schriftsteller und Autor eine beachtliche Liste an Veröffentlichungen vorlegen kann. Ich weiß nicht ob man ihn gelesen haben muß oder ihn geflissentlich nicht nennt. Ich frage bei den Büchern, die ich in die Hand nehme nicht, ob die Autoren „links“ oder „rechts“ stehen oder ob sie es fertig bringen „unverdächtig“ zu sein.

Zerbricht er die Ketten, wird er ein Lemure oder ein Anarch. Ein Ausgestoßener. Was will ich sagen? Ich will sagen: Begreife dich aus den Anfängen der Gemeinschaft deiner Vorfahren. Im Beginn der Gemeinschaft liegt der Schlüssel. Im Beginn der Gemeinschaft liegt die Entscheidung, ob das Molekül Sauerstoff oder Nitroglyzerin wird.

Deine Vorfahren waren nicht Deutsche, sie waren Bayern oder Schwaben oder Friesen oder Obotriten. Waren sie gut oder schlecht, sie waren es an den Ketten der Gemeinschaft. Ein guter Friese war anders gut als ein guter Alemanne; ein tapferer Bayer war anders tapfer als ein tapferer Westfale. Die Ehre eines Hessen war nicht dieselbe wie die Ehre eines Kaschuben.

Meine Vorfahren waren Preußen.

Ich bin ein geborener Europäer

Bevor ich den Text von Fernau gelesen habe, war mir schon durch den Kopf gegangen, daß ich eigentlich der geborene Europäer bin. Mütterlicherseits bin ich ostfriesischer und westfriesischer (niederländischer Abstammung). Wobei der Geburtsname meiner Mutter „Ley“²⁸ über Ostfriesland hinaus auf das Rheinland und die Schweiz verweist. Und väterlicherseits bin ich - mein Name sagt es - ostpreußisch-litauischer Abstammung. Und wenn ich den Geburtsnamen meiner Großmutter väterlicherseits „Barczat“ ansehe, dann ist da noch ein osteuropäisches Land vertreten. Da Abromeit soviel heißt wie Abrahams Sohn und Abraham auch ein jüdischer Familienname ist, kann ich mir zumindest einbilden, ich sei auch jüdischer Abstammung. Das vermittelt mir ein positives Gefühl, weil es die genetische Vielfalt, die ich verkörpern noch vergrößern würde.

Ich bin ein stolzer Deutscher

Ich fühle trotz meiner Geburt als Europäer eindeutig als Deutscher. Die Frage, ob man stolz darauf sein kann, ein Deutscher zu sein, kann zu keinem guten Ergebnis führen, wenn sie im Rahmen des politischen Links-rechts-Schemas gestellt wird. Der Stolz, der hier gemeint ist, ist ja auch nicht wie die Dummheit aus einem Holz. Vielmehr kommt hier großgruppenbezogen zum Ausdruck, was personenbezogen in dem biblischen Gebot „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ gesagt wird. Wer sich selbst nicht akzeptieren, lieben kann, kann auch den nächsten nicht lieben. Wer damit unüberwindliche Schwierigkeiten hat, ein Deutscher zu sein, der kann auch (ohne Überhöhung) die Franzosen oder Dänen, die Belgier oder die Norweger, die Brasilianer oder die Russen usw. nicht lieben.

²⁸ Als Junge wurde ich deshalb als Nazi beschimpft, weil vermutet wurde, daß die Nationalsozialistische Größe, Rober Ley (Deutsche Arbeitsfront und Kraft durch Freude) zur Verwandtschaft gehöre. Das ist nicht der Fall. Aber auch wenn: Was kann der Einzelne für seine Verwandten?

„Deutscher“ ist kein genetischer Begriff

Wobei jedem, der seine Familiengeschichte versucht, zurück zu verfolgen, klar werden muß, das „deutsch“ und „Deutscher“ keine genetischen Begriffe sind, sondern kulturelle, gesellschaftliche. Wir können daraus schließen, daß auch ein heutiger Türke oder ein Schwarzafrikaner ein Deutscher werden kann, wenn er in den Schmelztiegel Deutschland einsteigt, wie vor ihm Fremde in vielen Generationen. Wem aber noch bewußt ist, wie schwierig es nach dem Krieg war, Deutsche aus den Ostgebieten in den westlichen deutschen Landen einzugliedern und wer bedenkt, wie lange ein Deutscher - wenn er innerhalb Deutschlands umzieht - ein Zugereister bleibt, der wird den Zuzug von Nichtdeutschen nach Deutschland eher bremsend als fördernd gegenüberstehen. Und bei der Rasanz der politischen Entwicklung, muß man auch fragen, ob Deutschland nicht schon aufgehört hat zu existieren, bevor es vom Türken oder Afrikaner integrierend erreicht wurde.

Ich bin eindeutig ein Niedersachse und kein Bayer

Ohne die Bayern und ohne das Bayern wäre Deutschland arm dran. Als Föderalist müßte ich aber akzeptieren, wenn sie sich von Deutschland trennen würden und sich z.B. mit den Österreichern vereinigen würden. Was im europäischen Rahmen keine Schwierigkeiten bereiten sollte. Aber emotional fühle ich mich in Dänemark mehr zu Hause als in Bayern. Ich fühle mich heute als Niedersachse, bin aber noch im Land Oldenburg - das als solches nicht mehr existiert geboren und habe mich als Junge auch als Oldenburger gefühlt. Auf den Status des Oldenburgers wurden ich quasi mit der Formel eingeschworen: „Ich bin ein Oldenburger Junge, esse Kohl mit Speck und trocken' Brot!“ oder so ähnlich. Vermutlich haben wir in der Schule auch auf der Landkarte gezeigt bekommen, wo die Grenzen Oldenburgs liegen. Aber das war für uns etwas Abstraktes, da wir quasi ja nicht weit über das Dorf hinaus kamen. Es war Krieg und Schulausflüge gab es nicht.

Als Oldenburger war ich ein Barßeler mit Minuszeichen

Wenn man sich auf die Geschichte eines Ortes einläßt und die eigene erlebte Geschichte nicht verdrängt, dann findet man im kleinen gespiegelt das, was sich in der großen Welt abspielt. Barßel, mein Geburts- und bis zum 16. Lebensjahr mein Lebensort ist für solche Betrachtungen besonders gut geeignet, weil es ein Grenzort zu dem Ammerland, dem Ostfriesland, zum Saterland war und sich als altes Dorf auf der Geest deutlich von den noch jungen Fehnsiedlungen

unterschied. Man kann in der Geschichte dieses Dorfes betrachten: Die Verlagerung der obrigkeitlichen Zugehörigkeit von Münster nach Oldenburg. Prägung durch die Konfession und die Abgrenzung zwischen den Konfessionen. Grenzschwierigkeiten und kulturelle Abgrenzungen. Der Broterwerb auf dem sandigen Boden und im Moor und der Fremde (in der Schifffahrt und fernen Städten). Der rasante Wandel der Verkehrswege vom Schiff über die Eisenbahn zum Auto. Natürlich auch Krieg mit Gefallenen, Ausgebombten, Vertriebenen und Flüchtlingen. (Wie durch ein Wunder kamen nach dem Krieg noch Sendungen mit Hausrat meiner memelländischen Verwandten mit der Bahn an, die im Krieg in Ostpreußen aufgegeben worden waren.) Natürlich war auch die Umschichtung der sozialen Rangordnung im Dorf durch die NSDAP zu beobachten. Überrascht war ich vor einiger Zeit, als ich in der Dissertation „Tee in Ostfriesland“, 1991, von Karl Wassenberg las, das mit dem Tee als der milderen Droge die härtere Droge Alkohol bekämpft wurde. Der Tee, die ostfriesische Mischung ist also das Produkt einer Antidrogenpolitik. Aber warum war ich nun ein Barßeler mit einem Minuszeichen? Ich bin zwar in Barßel geboren, mein Vater war aber ein Zugereister und dann noch so weit aus dem Osten - aber ohne ostpreußischen Akzent -, meine Mutter war eine Kolonistentochter aus Elisabethfehn (bzw. Bollinger Moor) - mit dem Plattdeutsch als Muttersprache - und beide (also auch ich) hatten die falsche Konfession. Das Ergebnis war: Ich bin Jahrzehnte mit dem Gefühl herum gelaufen, man hätte mir in meinem Geburtsort das Heimatrecht verwehrt. Dabei sind die Bewohner von Barßel genauso liebenswerte Menschen wie anderen Orts. Und trotzdem waren diese Gefühle nicht ein Zeichen von Entwicklungsstörungen eines jungen Menschen.

Das Besondere

Ich bin als zweites von vier Kindern meiner Eltern im Januar 1934 geboren. Ich wußte, daß ich als übergewichtige Leibesfrucht (über 12 Pfund) für meine Mutter eine schwere Geburt war, die eine Schwangerschaftspsychose zur Folge hatte und von der sie sich nur langsam erholte. Ich wußte auch, daß einer der Brüder meiner Mutter mit seiner Familie sein Haus geräumt hatte, damit sich meine Mutter dort erholen konnte. Die Familie des Onkels bestand immerhin aus vier Personen und meine Tante war mit dem dritten von ihren vier Kindern schwanger. Mich hatte man in einen Wäschekorb gepackt und zu Verwandten nach Delmenhorst gebracht, wo man in der Nachbarschaft eine Amme für mich fand. Daß ich in der Zeit von Mutters Krankheit versorgt werden mußte, war mir immer einsichtig, die Maßnahme, meine Mutter vor

der Öffentlichkeit zu verstecken, aber nicht. Neulich sagte mir nun eine um 10 Jahre ältere Kusine,²⁹ die Familie mußte doch Deine Mutter und Dich vor den Nazis in Sicherheit bringen. Ich wollte nun überprüfen, wann dann die Euthanasiegesetze im Nazi-Deutschland beschlossen worden sind. Ich habe es mit vertretbarem Aufwand und den Quellen, die ich hier zu Hause habe, nicht herausgefunden. Und das Verrückte an der ganzen Sache ist, daß der Onkel, in dessen Familie ich Aufnahme gefunden hatte, nach jahrelanger Arbeitslosigkeit eine Anstellung bei der Geheimen Staatspolizei gefunden hatte. Mir scheint: Von diesen Widersprüchen ist die ganze Nazi-Zeit geprägt. Als Mitglied der Deutschen Jugend (Zur Hitlerjugend wechselte man mit 14 Jahren.) habe ich dann mit Spielkameraden - rücklings auf der Weide liegend - versucht die feindlichen Bomber zu zählen, die Bremen und Hamburg anfliegen. Wir stellten fest, daß die deutsche Abwehrflack und die deutschen Abfangjäger immer weniger zum Einsatz kamen und hofften, daß die Wunderwaffe des Führers - von der wir Knaben auch schon gehört hatten - bald eine Wende herbeiführen würde.

Der gewöhnliche Lebenslauf

O ja, als Kleinkind war ich sogar einmal im Memelland, der Heimat meines Vaters. Das Haus der Großmutter steht noch, ich habe mich vor einigen Jahren mit meiner jetzigen Familie davon überzeugt. Das Gewöhnliche für die Jahrgänge, die in den Beginn der Hitlerzeit hineingeboren wurden, war, daß die Schule und der Alltag vom Kriegsverlauf bestimmt wurde. Dabei hatte ich das Glück, zu jenen zu gehören, die den Krieg sozusagen in einer milden Ausgabe erlebten. Natürlich gab es Gefallene in der Familie, der Vater kam lädiert vorzeitig vom Militär zurück, es gab Bomben, gesprengte Brücken und ein abgestürztes Flugzeug im Dorf und von der Mutter Schimpfe dafür, daß ich statt der alten Garde vom Volkssturm die Feld-Scheunen nach abgesprungenen Besatzungsmitgliedern des Flugzeuges durchsucht habe. Ich kann mich aber auch an eine Situation erinnern, in der ich vor Angst in die Hosen gemacht habe. Bei einem anderen Luftangriff war ein Mann zu uns ins Haus geflüchtet. Der Inhalt seines Stoßgebetes war: „Lieber Gott, warum den gerade wir? Ich habe damals empfunden: „Wenn überhaupt. Warum nicht wir?“ Die Hausaufgaben bestanden vorwiegend aus Blätter- und Kräutersammeln und Ernteeinsätzen. Natürlich gab es kein Fernsehen - Kino vielleicht einmal im Jahr. Lange weile hatten wir - auch ohne Spielzeug - selten. Die beste Zeit war wohl, als die Schule ausfiel,

²⁹ Diese Kusine hat im Krieg als Krankenschwester von Bomben gerschundene Kinderleiber gepflegt und nach dem Krieg Überlebende aus Konzentrationslagern und sie ist dadurch für den langen Rest ihres Lebens selber leidend geworden. Die Gesundheit ihres verstorbenen Mannes wurde im KZ ruiniert. Ihr Sohn holte sich eine tödliche Krankheit beim Arbeitseinsatz in Afrika.

weil das Gebäude durch Bomben zerstört wurde. Als wir im letzten Schuljahr den ganzen Vormittag zur Schule kommen sollten, waren viele von uns empört, weil das doch unsere selbstbestimmte Zeit verringerte. Die Eltern hatten für die Erziehung ihrer Kinder doch keine Zeit, weil sie mit dem Kampf ums täglich Überleben beschäftigt waren. Wir kämpften unsere eigenen Kämpfe und waren dabei nicht zimperlich. Aber dies ist eigentlich das Gewöhnliche an den Lebensläufen der Jahrgänge Anfang der 30er Jahre. Auch daß sich diese Jahrgänge in Bezug auf Bildung und Ausbildung nach den reduzierten Möglichkeiten richten mußten und in den meisten Fällen das Dorf, die Gemeinde verlassen oder lange Fahrzeiten in Kauf nehmen mußten, ist ganz gewöhnlich in ihren Lebensläufen.

Ist mein Lebenslauf ungewöhnlich?

Nüchtern betrachtet ist mein eigener Lebenslauf auch nicht ungewöhnlich, ungewöhnlich vielleicht die Motivation für einzelnen Tätigkeiten: Sehnsucht, Wißbegierde, Abenteuerlust, Widerwillen und Hilfsbereitschaft und die Notwendigkeit von irgend etwas zu leben. Aber beim Nachsinnen über die Zeit, bevor das berufliche Karussell sich anfang zu drehen, ist mir hochgekommen, daß meine Eltern, die ständig von offenen Rechnungen aus dem Friseur- und Fotogeschäft geplagt waren, von uns Kindern ganz selbstverständlich erwarten haben, daß wir unsere Arbeitseinsätze zu Hause und außer Hause leisteten, ohne nach einem Lohn zu fragen. Begonnen hat alles noch vor der Währungsreform, als ich einen Konfirmationsanzug aus einer aufgetrennten Uniform erhielt und mein Vater mich als Fotografenlehrling in seinem Atelier anmeldete. Ich wollte aber Seemann werden, nicht nur durch die Vorprägung seitens der Familie meiner Mutter und der Tradition des Seemannsdorfes Barbel (es hat einen kleinstädtischen Charakter) sondern durch eine unbändige Sehnsucht - die ich nicht einmal als Fernweh bezeichnen kann. Diese Sehnsucht überfiel mich regelmäßig im Herbst und Frühjahr, wenn die damals noch nicht eingedeichten Wiesen vom Wasser überschwemmt waren und der Sturm die Wellen hochpeitschte. Mein Vater hatte mit dem Hinweis, daß die Kapitäne in der damaligen Zeit froh waren, einen Milchwagen fahren zu dürfen und vielleicht auch weil er sich einen Nachfolger wünschte, meinen Berufswunsch abgelehnt. Nach zwei Jahren konnte ich mich aber durchsetzen und auf dem Küstenschiff „Heinrich“ als Schiffsjunge in Bremen anheuern. Der Kapitän und Eigener war aus Barbel. Ich hatte ihn aber noch nie vorher gesehen. Die erste Fahrt ging nach Göteborg. In Bremerhaven, wo wir besseres Wetter abgewartet hatten, konnte man noch quer durch die Stadt aus aufgeräumten Ruinen sehen. In Göteborg einlaufend, dachte ich, ich

käme ins Paradies. Die Sprünge vom Jungen, Jungmann, Leichtmatrose zum Matrosen folgten rasch aufeinander. Ich war nach der Fremdbeurteilung wohl tüchtig. Es trat aber etwas Merkwürdiges ein. Es ist wohl der Themenkomplex, den Wilhelm Reich in seinem „Christusmord“ abhandelt, den ich erst in diesen Tagen gelesen habe.

Die unbestimmte Sehnsucht hatte sich in eine Sehnsucht nach einer Beziehung zu einem weiblichen Wesen gewandelt. Das Gefühl verlangte aber nach einer Blume mit Wurzeln. Der Beruf ermöglichte aber nur Schnittblumen, die ich innerlich nicht akzeptieren wollte. Und dieser Widerspruch und drei konkurrierenden Seelen in meiner Brust, die des Mönches, des Bauern und des Abenteurers haben dann das Berufsfindungskarrusel in Schwung gebracht und gehalten. Nun was ist ein Seemann schon an Land und dann nur mit dem Volksschulabschluß?

Eines Tages entdeckte ich an einem Arbeitsamt einen Aushang, daß im Bergbau Leute gesucht wurden. Ich weiß nicht mehr genau, ob es der Gegensatz des Arbeitsortes war, der mich damals gereizt hat. Ich habe jedenfalls unter Tage gearbeitet, und die Zeit gehört ebenfalls zu meinem Erfahrungsschatz. Irgendwann brauchte ein Onkel auf seinem Binnenschiff dringend einen zweiten Mann. Ich bin eingesprungen. Ein anderes Mal habe ich in der Plattenschmiede einer Werft gearbeitet; von zu Hause kam der Notruf: Du mußt nach Hause kommen, Vater ist krank! Also bin ich zu Haus mehr schlecht als recht im Fotogeschäft eingestiegen. In einem Seemannsheim über die geschlossenen Bildungstüren nachdenkend, bekam ich den Tip, doch einmal nach Freistatt - einer Zweiganstalt von Bethel - zu fahren. Ich habe die Anregung angenommen und habe dort eine erfahrungsreiche Zeit gehabt. Irgendwann wurde mir vom Internationalen Freundschaftsheim erzählt. Dieses Heim verstand sich als Ausbildungsstätte für Friedensarbeiter. Als ich nach längerem Nachdenken ohne Literatur und ohne Diskussion zu dem Schluß gekommen war, daß das Militär niemals seinen Auftrag erfüllen kann, bin ich nach Bückeburg gefahren. Zu jener Zeit, als ich die Zusage für den Winterlehrgang 58/59 der Bäuerlichen Volkshochschule erhielt, habe ich am Fließband in einer Fernsehfabrik gearbeitet. Ich dachte mir, daß es nützlich für den Besuch dieser Heimvolkshochschule wäre, wenn ich über meine Erfahrungen als Landkind hinaus mir Kenntnisse in der Landwirtschaft aneignen würde. Also habe ich mich auf einen großen Bauernhof beworben und dort bis zum Kursbeginn gearbeitet. (Dabei fällt mir der Judenfriedhof ein, der gleich neben dem Hof liegt.)

Die Geschichte ist so und auch anders weitergegangen. Ich kann somit sagen, ich habe reichhaltige Arbeitserfahrungen im Handwerk, der Industrie, im Bergbau und der Landwirtschaft, in der Binnen- und Seeschifffahrt, im Handel, im Versicherungsaußendienst und im Sozialsektor. An Qualifikationsurkunden habe ich dabei erworben, den Matrosenbrief, den Gehil-

fenbrief als Bankkaufmann, die Graduierungsurkunde zum Volkswirt und sehr spät noch den Gesellenbrief als Bootsbauer. Ich kenne die Rolle des Arbeitslosen, des Aussteigers, des Hausmannes, des Parteigründers und des Alternativlers. Ich weiß, was es für ein Gefühl ist, wenn man in den leeren Kühlschrank guckt, wenn die Geldbörse keinen Nachschub erlaubt. Ich habe das bedrückende Gefühl erlebt, das eine Abtreibung verursacht und andere Dinge, die einem bedrücken oder beglücken. Ich würde meine Eltern - wenn das möglich wäre - um Verzeihung bitten für die ungerechten Worte, die ich ihnen als rebellierender Jugendlicher an den Kopf geworfen habe.

Ich bin reich und arm

Auf meiner Lebensbahn bin ich reich an Erfahrungen geworden, aber ein armer Schlucker geblieben. Ich habe aber das Glück gehabt, daß mich tüchtige Frauen als Ehemann auserkoren haben. Aus der ersten Ehe habe ich vier Kinder, die mir schon acht Enkel beschert haben. Und in zweiter Ehe habe ich drei Kinder. Das älteste Kind, ein Sohn, beginnt mit dem Studium, das jüngste, eine Tochter ist mit 11 Jahren nur wenig älter als ihre Nichten. Und das mittlere Kind ist ein weiterer Sohn, mit dem ich auf Kriegsfuß lebe um die angemessenen Schlafenszeiten und das Durcheinander in seinem Zimmer. Ich vermute, mit ihm werden wir noch viel Überraschungen erleben, so wie meine Eltern mit mir. Und nicht zu vergessen: Zwischen oder begleitend zu meinen einzelnen Lebensstufen stehen Menschen als verbindende Elemente.

Zu guter letzt

Als junger Mensch, als ich mir meines eigenen Denkens bewußt wurde, habe ich mich gefragt, wann man der Wahrheit wohl am nächsten kommen würde: In jungen Jahren, noch ziemlich unbelastet von Erfahrungen und Wissen oder in alten Tagen, wenn einen die Erfahrungen und die Last des Wissens schon gekrümmt haben. Ich bin nun 68 Jahre alt und habe die Antwort immer noch nicht gefunden.

T.A.